

Volkswacht

für Schlesien

den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Auffant“, „Sozialistische Literatur-Auffant“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und in Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstr. 5; Matthiasstr. 100, sowie durch alle Ausleger zu beziehen. — Bezugspreis im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rml. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rml. monatlich 1,75 Rml. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rml. Durch die Post einjährl. Bestellungsgebühren 2,46 Rml.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 20 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellensuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unserlangt eingekaufte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Neue rohe Mordtat der Kommunisten

Kommunisten ermorden in roher Weise einen Polizeibeamten Die geheime Bereitschaftstruppe im Keller

Selbstmord, 26. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)
Zu der Nacht zum Montag gegen 1,30 Uhr stiegen in Selbzig zwei Polizeibeamte, die sich auf einer Wache befanden, auf eine Gruppe randalierender Kommunisten, die aus dem Volkshaus kamen. Als die Beamten die Kommunisten zur Ruhe aufforderten, fielen aus der Gruppe Drohreden. Der eine der Beamten Niederwerfer wurde daraufhin die Namen der Ruhestörer feststellen. Einen Kommissar forderte er auf, mit zu einer Laterne zu kommen. Er angekommen, schob der Kommunist auf den Beamten. Die Kommunisten griffen jetzt ebenfalls zur Waffe und überfielen den zweiten Beamten, dem Schwerverletzten zu Hilfe zu kommen. Als dieser Beamte sich dann auch seiner Waffe bemächtigte, rissen die Kommunisten aus. Niederwerfer hat zwei Schüsse in den Bauch, einen in die Brust, einen in den Oberarm

und einen in die Wirbelsäule erhalten und ist nach großen Qualen am Montag vormittag im Krankenhaus gestorben. Einer der Kommunisten muß durch einen Schuß ebenfalls verletzt worden sein.
Die Polizei besetzte nach in der Nacht das Volkshaus, verhaftete 40 Leute, darunter eine Art Bereitschaftstruppe, die in einem dunklen Keller des Hauses lag. Außerdem wurden Waffen und illegale Schriften beschlagnahmt. Auf die Ergreifung der Täter sind 3000 Mark Belohnung ausgesetzt. Niederwerfer, der Mitglied der SPD. war, hinterläßt Frau und ein Kind.
In Dortmund gab am Sonntag abend ein Nationalsozialist, der neben einem Trupp Reichsbannerleute marschierte, zwei Schüsse auf den Zug ab. Ein Reichsbannermann wurde leicht verletzt.

Wann geht Herr Reinhart aus dem Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung?

Einer der in den Schultheiß-Skandal verwickelten „Wirtschaftsführer“ ist Herr Reinhart von der Commerzbank, der u. a. auch in dem Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung sitzt. Reinhart gilt zugleich als einer der Finanziers der „Nationalen Opposition“. Er hat bisher keine Anstalten gemacht, angesichts des Schultheiß-Skandals, für den er mit verantwortlich ist, aus dem Wirtschaftsbeirat auszuscheiden. Wird ihn nunmehr die Reichsregierung dazu veranlassen? Oder will sie Gefahr laufen, daß andere Mitglieder des Wirtschaftsbeirates aus der Situation von sich aus die Konsequenzen ziehen und eine Zusammenarbeit mit Herrn Reinhart ablehnen?

Polen und Danzig

Polen zur Ausnutzung des Danziger Hafens verpflichtet
Danzig, 25. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)
In der Danzig-polnischen Streitfrage um den Hafen Dingen hat der Kommissar des Völkerbundes Graf Gravena am Montag eine Entscheidung gefällt, nach der Polen verpflichtet ist, den Danziger Hafen voll auszunutzen. Diese Verpflichtung bringt aber keineswegs die Notwendigkeit mit sich, Ausführungsverträge abzuschließen. Der Hohe Kommissar empfiehlt den Parteien in direkten Verhandlungen zu einer Verständigung zu gelangen.

Auflösungsantrag in Danzig

Danzig, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)
Die sozialdemokratische Volkstagsfraktion hat die Auflösung und Neuwahl des Volkstages beantragt. Unter der jetzt fast ein Jahr am Ruder befindlichen Bürgerblockregierung mit ihrer völligen Abhängigkeit von den Nationalsozialisten haben sich hier Zustände herausgebildet, die es dringend erforderlich machen, der Bevölkerung Gelegenheit zu einer Neuwahl zu geben. Der Auflösungsbeschluss des Parlaments bedarf der Mehrheit der Abgeordnetenanzahl, das sind 37 von 72. Die Linke verfügt über 26 Mandate.

Die Unruhen auf Cypern

London, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)
Die Unruhen auf Cypern nehmen ihren Fortgang. Am Montag wurde in Cyrenia wieder ein Bischof festgenommen. Er soll einen Angriff gegen das englische Verwaltungsgebäude angeführt haben. In einem anderen Teil der Insel haben sich größere Menschenmengen mit der Gewinnung von Salz beschäftigt und damit gegen die Monopolgesellschaften verstoßen. Am Montag sind wieder vier Flugzeuge und Truppenverräkungen aus Ägypten nach Cypern entlandt worden.

Sprengstoff-Fund bei Kommunisten

Drei Zentner Sprengstoff bei kommunistischem Funktionär gefunden — Die KPD-Zentrale in den Sprengstofflagern beteiligt — Neue Lager auf Grund der Korrespondenz im Karl-Liebknecht-Haus entdeckt

Die Berliner Kriminalpolizei hat bei dem kommunistischen Funktionär und früheren Straßener Heberbrüder drei Zentner Sprengstoff entdeckt und beschlagnahmt. Die Menge würde genügen, um ein ganzes Großviertel in die Luft zu sprengen. Einen Teil der Sprengstoffe bewahrte Heberbrüder in einer Gartenlaube auf. Der Rest wurde am Montag in dem Keller seiner Wohnung gefunden.
In den Kellerräumen wurden u. a. noch Drahtrollen, Metallbehälter, die zur Herstellung von Sprengern dienen sollten, eine behelfsmäßig hergestellte Handanale, Aufschlag- und elektrische Zünder und einiges Zubehör gefunden. Der Sprengstoff stammt keineswegs aus Fabriken, in denen er hergestellt wurde. Er dürfte aus Zechen- und Steinbruchbetrieben entwendet worden sein. Soweit der kürzlich aufgebrochene Sprengstoffdiebstahl im Petershain mit den Mächtschritten von Heberbrüder zusammenhängt, hat sich bisher noch nicht feststellen lassen.
Im Zusammenhang mit den Sprengstoffjungen bei Heberbrüder besetzte eine Abteilung der Berliner Polizei am Sonnabend das Haus der kommunistischen Zentrale am Bülowplatz. Das Haus wurde Montag morgen bis auf die Räume des Zentralbüros wieder freigegeben. Die endgültige Klärung erfolgte am Montag abend. Die Durchsuchung hat einiges Schriftmaterial und verschiedene Korrespondenzstücke geoffenbart, die inzwischen zur Entdeckung neuer Sprengstofflager führten. In verschiedenen Wohnungen kommunistischer Angehöriger inner- und außerhalb Berlins sind am Montag größere Mengen Sprengstoffe und dazugehörige Sprengstoffmaterialien beschlagnahmt worden. Die Besitzer wurden verhaftet. Einige sind flüchtig. Auch ist die Polizei auf des Materials aus dem Karl-Liebknecht-Haus einen Teil der Sprengstofflieferanten auf der Spur. Die Namen der Organisatoren reichen bis nach Ober- und Schleswig-Holstein.

Die bisher kein Mandat besaßen, knapp an die Mandatszahl herangelangt. Unter den bürgerlichen Parteien hat die Bauernpartei mit ihrer hochschulzöllnerischen Politik am besten abgeschnitten, während die Freisinnigen ständig im Rückgang sind. Obwohl der sozialdemokratische Erfolg nicht in Mandatsziffern ausgedrückt ist, ist der Kurs nach links in der Schweiz unbestreitbar.

Neuer Gewaltstreich der Japaner

London, 26. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)
In der Mandchurie haben die Japaner jetzt wiederum eine Bahnlinie besetzt. Der Schritt wird mit der erhöhten Aktivität chinesischer Banden in dem betreffenden Gebiet begründet. Die Bahn ist chinesisches Eigentum. Die japanische Südmanchurische Bank und die Yokohama Specie-Bank besitzen jedoch Hypotheken auf sie im Werte von 4,9 Millionen Pfund Sterling.

Das Reichsbanner zur Lage

Erklärung der Bundeskonferenz des Reichsbanners Reichsbanner nie notwendiger als heute

Am letzten Sonnabend und Sonntag waren in Magdeburg die leitenden Funktionäre des Reichsbanners zur Besprechung der Lage versammelt. Darüber übermittelt der erste Bundesvorsitzende, Oberpräsident D. Hörsing, der Presse folgende Erklärung.
„In der am 24. und 25. Oktober zu Magdeburg abgehaltenen Konferenz der Gaugeschäftsführer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold konnte einhellig festgestellt werden, daß trotz der unverminderten Wirtschaftnot seit dem unheilvollen Wahltag des 14. September 1930 das Reichsbanner sich innerlich und äußerlich dauernd gekräftigt hat. Der kameradschaftliche Zusammenhalt und der Opferwille der im Bunde zusammengeschlossenen republikanischen Kriegsteilnehmer und Kriegsteilnehmer-Söhne ist so fest und unerwiderlich wie nie zuvor. Ebenso einstimmig mußten aber auch die Vertreter aller Gauen ernste Besorgnisse zum Ausdruck bringen. Das Bedauern, ja die Erbitterung ist allgemein, daß der verehrungswürdigen Person des Herrn Reichspräsidenten ein Mann mit bester Vergangenheit wie A. Hitler nicht hat ferngehalten werden können.“

Immer noch mißt die Justiz mit zweierlei Maß. Daß im Lande Braunschweig zu zehntausenden aus dem ganzen Reich zusammengewohle faschistische Gewalttaten lang dort eine gewalttätige Herrschaft ausüben konnten und auch nachträglich nicht mit aller Entschlossenheit die notwendigen Konsequenzen daraus gezogen worden sind, beweist die Verworfenheit der politischen Lage. Was sich in Braunschweig tatsächlich abgepielt hat, werden wir in kürzester Frist durch unsere Bundeszeitungen und die Bundespressestelle der Öffentlichkeit vorlegen. Nur eines möchten wir heute schon hervorheben: pflichttreu bis zum Neuesten, teilweise heldenhaft und völlig selbstherrlich war die Haltung der zahlreich nicht zu schwachen Landespolizei Braunschweig. Der faschistische Polizeiminister Klages hat, während er die republikanische Kritik mit rücksichtslosem Verbot unterdrückte, trotzdem die Polizeibeamten vor feigen und verleumderischen Angriffen der bolschewistischen Presse nicht geschützt. Leider muß aber festgestellt werden: Mehr oder weniger lassen es die Reichsregierung und selbst Landesregierungen, in denen die republikanischen Parteien das Heft völlig in der Hand haben sollten, am nötigen Selbstbewußtsein und Durchgreifen fehlen. Bünde und Organisationen, an deren einseitiger politischer Einteilung, ja an deren verfassungsfeindlichen Grundcharakter heute kein Zweifel mehr erlaubt sein darf, werden teils vom Reich, teils von den Ländern subventioniert und zu Aufgaben herangezogen, an die man offene oder versteckte Feinde der Republik nicht heranlassen darf. Kräfte im republikanischen Lager, im besonderen im Reichsbanner, stehen zur Lösung aller Lebensfragen der Republik genügend und zu jeder Zeit zur Verfügung.
In solcher Notzeit hält es das Reichsbanner für seine wohlverstandene vaterländische Pflicht, den eisernen Zusammenhalt der in überparteilicher Form zusammengeschlossenen Kameraden unbedingte zu wahren. Es liegen keine Anzeichen vor, daß Spaltungsversuche oder ähnliche parteipolitische Umtriebe unseren Bund gefährden können.
Das vor Jahresfrist ausgesprochene Wort Carl Seuerings:

Die Wahlen in der Schweiz

Weitere Einzelheiten — Ernst Reinhard gewählt — Kurs nach links unverkennbar
Zürich, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)
Das endgültige Ergebnis der Schweizer Nationalwahlen lag auch am Montag abend noch nicht vor. 20 Mandate dürften sich jedoch ungefähr wie folgt verteilen: Sozialdemokraten 49 (bisher 50), freisinnige Demokraten 52 (58), christlich-konservative 45 (48), Bauernpartei 30 (31), Sozialistischer, eine Mittelgruppe, 2 (3), Liberal-konservative (äußerliche) 5, vielleicht sogar nur 4 (6), Kommunisten 2 und ein oppositioneller (bisher 2), wozu noch ein oder zwei Wilden kommen.
Die Sozialdemokraten verloren 2 Mandate, eines im Kanton Argau und eines im Kanton Bern, der um 3 Mandate weniger zu besetzen hat als bisher. Gewonnen wurden ein Nationalratsmandat im Kanton Gené und im eidgenössischen Kanton ein Ständeratsmandat, das von dem Präsidenten des kantonalen Parlaments besetzt wird. Personell ist die sozialdemokratische Vertretung im Nationalrat keine wesentlichen Veränderungen auf. Im Kanton Bern ist der bisherige Vorsitzende Ernst Reinhard, der 1928 nicht wiedergewählt worden war, gewählt worden. Die sozialdemokratische Stimmenzahl ist um mehr als einhundertgestiegen und reicht damit sehr nahe an die der größten Partei, der freisinnigen Demokraten, heran. Der Rückgang der Mandatszahl des Nationalrates um elf geht also nahezu auf Kosten der bürgerlichen Parteien. Die Sozialdemokraten haben unter Berücksichtigung der Mandatsherabsetzung zwei Mandate gewonnen und sind in drei Kantonen, in denen

1. Tag im Günther-Prozess

Lehrerling Beier durch 80 Schrottkörner getötet
Zeugen werden schikaniert — Günther ist zufrieden im Ergebnis — Gott hat den Tod des Ermordeten gewollt
(Ausführlicher Prozessbericht im „Schlesischen Teil“.)

mühte dem jüngeren Genossen Max Waloschke 1911 den Sieg überlassen in 3,48 Minuten.
B-Klasse: Die beiden Fliegengewichtler Bököb 1897 und Brauschke 1911 trennen sich nach schönem Kampf unentschieden. Bantengewicht Bököb 1897 konnte über Glaubig 1911 in 1,22 Minuten siegen. Die Federgewichtler Hartmann 1897 und Janst 1911 trennen sich nach 10 Minuten unentschieden. Hauschid 1911 liegt über Bon 1897 durch Ueberwurf in 5,09 Min. Mittelgewicht Maleki 1897 liegt durch Selbstfall von Ringel 1911 in 7,32 Min. Schweres Mittelgewicht Glaubig 1911 liegt über Unger 1897 in 4,23 Minuten. Die Schwergewichtler Jedzig 1911 und Bronzel 1897 trennen sich unentschieden. Gesamtergebnisse: A-Klasse 1897 — 1911 3 3/4 : 10 1/2 Punkte. B-Klasse 1897 — 1911 7 : 7 Punkte. Jugend-Klasse: 1897 — 1911 Vorrunde 9 : 7, Rückrunde 7 1/2 : 8 1/2 Punkte.

Internationales Schwimmfest am 15. November im Breslauer Hallenschwimmbad. Prager Arbeiterchwimmer am Start

Das diesjährige Hallenschwimmfest der Freien Schwimmer wird international. Während andere Sparten schon längst sportliche Beziehungen zu den Genossen unserer tschechischen Nachbarrepublik pflegen konnten, war dies den Schwimmern bisher nicht möglich. Das Olympia in Wien hat nun gezeigt, daß auch unser Sport in der tschechischen Arbeiterkultur Eingang gefunden, daß in Prag auch schon eine beachtliche sportliche Höhe erreicht ist. Es ist nun gelungen, die Prager Arbeiterchwimmer, die in Wien das Wasserballspiel gegen Ungarn gewannen, zu verpflichten. Interessante Wettkämpfe und Wasserballspiele sind zu erwarten.

Notizen

Fußball

Fußballpartie — Bezirksvorstand. Allen Bundesvereinen zur Kenntnis, daß für den U. S. V. Bratislawia, Breslau, wegen Nichterfüllung seiner Verpflichtungen dem Arbeiter-Turn- und Sportbund gegenüber ab 1. November Spielsperre eintritt.

Vereine, welche noch im Besitz der Sammelliste der F. T. S. für die Verunglückten des Unterganges bei Glas sind, werden aufgefordert, dieselben unverzüglich im Kartellbüro Friedrich-Wilhelm-Str. 45, abzuliefern.

Zu den Spielen am Sonntag, den 1. November B. j. K. — Hundsfeld um den Auf- und Abstieg in die erste Klasse und dem Bezirksmeisterchaftsspiel auf dem B. j. L.-Platz in Gandau, hat B. j. L. zwei Ordner zu stellen. Desgleichen Genossen Graczel B. j. L. zum Kassieren. Treffpunkt 12 Uhr B. j. L.-Platz, Gandau.

Schiedsrichter-Vereinigung. Heute, 20.30 Uhr, Ballversammlung im Bezirkslokal. Die Genossen Salostowij und Grunert eine Stunde vorher zur Kontrolle. Mittwoch, den 28. Oktober, 20 Uhr, 4. Kurzauswahl. Zu den Gruppenpielen am 1. November auf dem B. j. L.-Platz Gandau stellen folgende Vereine je einen gepulsten Schiri als Pinienschlichter: Weh, Falte, Sparta, Silesia-Kidlers. Treffpunkt 12 Uhr B. j. L.-Platz. Uhr und Vereinsferien mitbringen.

B. j. L. 1920. Die geistige Generalversammlung wählt folgenden Vorstand: 1. Vorsitzender Kurt Mesler, Prominenz-

Str. 30; Kassierer: Paul Graczel, Berliner Str. 52; Sportwart: Artur Mellich, Friedrich-Karl-Str. 21. Anmerkungen nur an den 1. Vorsitzenden. Zur Erweiterung der Jugendabteilung werden Jugendliche, die Fußball spielen wollen, noch aufgenommen. Für die Sportlerinnen-Abteilung des B. j. L. wird während der Wintermonate Gymnastik eingeführt. Lebungsstunden jeden Dienstag, 20 Uhr, im Saal des Vereinslokals. Aufnahmen erfolgen jeden Dienstag.

B. S. V. Sonnabend, den 31. Oktober, 20 Uhr, Vereinsfunktionäre-Sitzung im Vereinslokal.

U. S. V. Bratislawia. Es kurlieren Sammellisten unseres mit der Unterschrift Gregor. Wir erklären, daß wir mit diesen Listen nichts zu tun haben. Der Vorstand.

Bezirkskassierer — Fußballpartie. Heute, letzter Tag der Abgabe zur Meldung für Gymnastikturne.

Berichterstatter. Heute, letzter Tag zur Abgabe der Meldungen zum Berichterstatter-Kursus.

Arbeiter-Sport-Kartell Breslau e. V.

Mittwoch, den 28. Oktober, Kartellversammlung, Gewerkschaftshaus, Zimmer 7/8.

Freie Turnererschaft Breslau e. V.

4. Frauenabteilung. Heute nach dem Frauenturnen Vorstandssitzung.

7. Frauen- und 9. Männer-Abteilung. Mittwoch, den 28. Oktober 3. Heimabend, Breslau und Gleiwitz in eigener Regie! Ein Funkenabend heiterer und ernster Gestaltung. Beginn 19 Uhr. Schluß 21,30 Uhr. Wir laden hierzu auch alle älteren Genossen ein.

2. Männerabteilung. Sonnabend, 31. Oktober ab 19 Uhr heiterer Abend im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses. Tennisabteilung. Jeden Mittwoch von 18 bis 20 Uhr Tischtennis im Vorturnsaal des Stadions.

Alle Vereins- und Abteilungssturnwarte für das Männer-, Frauen- und Kinderturnen sind am kommenden Mittwoch, den 28. 10., 19,30 Uhr, in der oberen Turnhalle Liegnitzer Straße zwecks Aussprache über die Ausgestaltung unserer Vorturner-Schulungsabende.

Wassersport

Freie Schwimmer Breslau e. V., Abteilung Nord. Sonnabend, 31. Oktober, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus Abteilungsversammlung.

Arbeiter-Samariter-Bund

Kolonie Breslau. Alle Frauen treffen sich Dienstag, den 27. Oktober, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 17. Frau Graczel ist anwesend.

Kulturvereine

Freie Esperanto-Vereinigung Breslau. 28. Oktober, um 19 1/2 Uhr, im Radioheim, Paradiesstraße 17. Übungsabend. Im Schulhaus Kanonenhof, Taschenstraße, beginnt am kommenden Dienstag unser Anfangskursus. Werbt Kursteilnehmer.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerverein Breslau

Mittwoch, den 28. Oktober, wichtige Kennfahrerverammlung, 20 Uhr, bei Böh m. Jahnsstraße.

Die Klassenjustiz geht um Antimarkistisches Pronunziamento der Glogauer Strafkammer

„Das System geht an der Unmoral zugrunde und erstickt in eigenen Dreck. Der Artikel 1 der Verfassung müßte eigentlich lauten: Alle Macht geht von den Kapitalisten und Juden aus...“

So äußerte sich der Razi-Wanderhönze Hütte am 19. Januar in einer Versammlung in Steinau und glaubte offenbar, damit ein besonders reizvolles Bild von der Geistesverfassung der sogenannten national-sozialistischen Weltanschauung gegeben zu haben. Da Hütte mit „dem System“ in Verbindung mit der Reichsverfassung, selbstverständlich die Republik gemeint hatte, wurde er dieserhalb und außerdem wegen Beischimpfung des ehemaligen Innenministers Erzberger als „Säugardbube“ unter Anklage gestellt und in erster Instanz sogar zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Das Gericht beiseite zu ihm dabei noch, daß er eine „nicht einwandfreie Persönlichkeit“ sei.
In seinem Gottvertrauen auf Hitlers Allmacht und die Glogauer Richter legte Hütte trotz des angeführten Tatbestandes Berufung ein. Und siehe da, er wurde nicht entlassen. Die Große Strafkammer fand tatsächlich einen Ausweg, diese dreifache Beischimpfung der Republik in einen weniger leicht erfaßbaren Laubstich umzuwandeln. Der Staatsanwalt, der ebenfalls befragen hatte, beantragte vergeblich 3 Monate und 2 Wochen Gefängnis, denn die Strafkammer brachte es fertig, Hütte nur

wegen der Beleidigung Erzbergers zu 1 Woche Gefängnis zu verurteilen, im übrigen aber freizusprechen. Begründet wurde dieser Spruch damit, daß Hütte mit dem System nicht die Staatsform (wie distret man doch das Wort Republik umschreiben kann), sondern — den Marxismus gemeint habe, der in Preußen an der Macht sei.

Der hier amtlich festgelegte Antimarkismus der Glogauer Großen Strafkammer hat leider nur einen, allerdings grundlegenden, Fehler. Man weiß offenbar nicht, daß Marxismus eine wissenschaftliche Lehre, die die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung zu ergründen sucht, nicht aber eine Koalitionsregierung ist, in der bekanntermaßen auf sieben Minister zwei Sozialdemokraten kommen. Wenn der preussische Justizminister Wert darauf legt, daß sozusagen wissenschaftlich gebildete Männer nicht auch fernerhin die Justiz in derartig groteskem Ausmaße blamieren, wird er gut tun, den an diesem Spruch beteiligten Berufsrichtern ein weniger gefährvolles Betätigungsgebiet zuzuwiesen.

Arbeitermörder Günther muß sich verantworten Antisemit nimmt sich jüdischen Rechtsanwalt

Das Liegnitzer Schurgericht hat sich heute und morgen mit dem der Landarbeitern des Kreises Pignitz, besonders aber aus Groß-Jännowitz hinreichend bekannten Rittergutsbesitzer Hans-Joachim Günther zu beschäftigen, der wegen vollendeten und versuchten Totschlags angeklagt ist.

Günther gehört zu jener Sorte östlicher Junker, die mindestens ein Jahrhundert zu spät auf die Welt kamen und es immer noch nicht verstehen können, daß die Leibeigenenschaft in Preußen kein gerammter Zeit abgestreift ist. Ganz wohl scheint dem Angeklagten Günther nicht zu sein, darauf deutet schon allein der Umstand hin, daß er glaubt, nicht mit einem Verteidiger auskommen zu können. Trotzdem er als Nazimann und folglich wütender Antisemit bekannt ist, nimmt er nicht nur den Liegnitzer Anwalt Dr. Lomats, sondern auch den bekannten jüdischen Juristen Max Morosch-Breslau als Verteidiger in Anspruch, der sich beruflichweise bereitgefunden hat, diesen äußerlich nicht besonders ehrenden und überdies antimilitärisch eingetragenen Auftrag zu übernehmen. Gerade Morosch hätte wohl als Jude, aber auch als Anwalt, besser getan, die die Verteidigung seinem rassistischen und gehnungsmäßig mit dem Angeklagten eng verbundenen Kollegen Kabiszki oder, muß es eine „Kanone“ sein, dem bekannten Dramatiker Frank U zu überlassen.

Der Angeklagte Günther ist in Groß-Jännowitz und vor dem Liegnitzer Arbeitsgericht bereits dafür bekannt, daß er mit seinen Kritkern häufig in Streit gerät, wobei die Drohung „Ich schütze dich über den Haufen!“ keine Seltenheit ist. Vor dem Arbeitsgericht hat er auf diese Weise schon mehrere Prozesse verloren. In einem der üblichen Auftritte kam es auch am 28. Juni mit dem Obermeister Hattwig, der Vorsitzender des Betriebsrates auf dem Gute war. An solche Dinge gewöhnt, nahm Hattwig den Anschlag zunächst nicht tragisch; auch nicht als Günther sich sein Jagdgewehr holte.

Ein paar, als der Agrarier die Frau des Obermeisters tätlich angriff, trat Hattwig energisch dazwischen. Jetzt schützte sich Günther, wie er in der Voruntersuchung behauptete, „er schütze dich über den Haufen“ und gab einen „Schredschuß“ ab, der so gezielte war, daß er nach dem Schockschuß den Kopf Hattwigs durchlöcherte, wenn dieser sich nicht rechtzeitig hingeworfen hätte. Damit nicht genug, gab Günther, nach dem er aus dem

Stall geflohen war, noch einen zweiten Schuß auf den Meisterlehrling Beier ab, der bekanntlich tödlich getroffen zusammen sank. In diesem Falle wagt Günther selbst nicht vor „Notwehr“ zu sprechen, sondern kommt mit der Erklärung, daß der Schuß „irgendwie losgegangen“ sei, als er (Günther), nach dem Beier ihm angeblich einen Revolver in den Kopf geworfen hatte, zusammengebrochen war.

Ursprünglich glaubte man Günther anscheinend dieses Märchen und ließ ihn nach seiner ersten Festnahme bald wieder auf freien Fuß. Eine berechtigte Kritik in der Öffentlichkeit sorgte aber dafür, daß Günther erneut verhaftet wurde und jetzt in Untersuchungshaft sitzt. Die Aussagen des Hattwigschen Ehepaars weinen Günther und den Seinen nicht in den Kram zu passen, weshalb vor einigen Wochen versucht wurde, die Wohnung derselben durch Giftgas auszuräumen und die beiden Hauptbelastungszeugen zu beseitigen. Eigentümlicherweise hat die amtliche Untersuchung hier noch zu keinem Ergebnis geführt. Schuld an den Gewalttätigkeiten, die sich auf dem Gute Groß-Jännowitz ereigneten, ist nach Ansicht Günthers nicht er, sondern nur der von ihm gehagte Obermeister Hattwig. Es fragt sich nur, warum Günther auch schon zu einer Zeit als Hattwig noch nicht auf dem Gute war, sich nicht nur gegen Arbeiter, sondern auch gegen Frauen und kleine Kinder tätlich vergriff und aus diesem Grunde bereits vorbestraft ist? — Wir werden diesen Prozeß mit besonderem Interesse verfolgen und über ihn ausführlich berichten.

Görlitzer Finanzlage wie überall schlecht

In einer Pressebesprechung gab der neue Görlitzer Oberbürgermeister Dohmer ein Exposé über die Finanzlage der Stadt. Er erläuterte hierbei die Notwendigkeit der Erhöhung der Bürgersteuer um 200 Prozent und die Erhöhung der Getränkesteuer um 5 auf 10 Prozent. Die Bürgersteuer, die ebenso wie die Getränkesteuer bereits ab 1. November erhoben wird, soll einen Betrag von 400 000 Mark (?) ergeben, während man

aus der Erhöhung der Getränkesteuer eine Mehreinnahme von 25 000 Mark zu erzielen hofft.

Dr. nach vorläufiger Aufstellung des Haushaltsplanes das Rechnungsjahr 1931 trotz einer Minderbelastung von 1 447 281 Mark sich ein ungebetener Fehlbetrag von 748 874 ergibt, würden durch diese neuen Einnahmen erst 428 000 abgedeckt sein und trotz der erwarteten Reichsbeteiligungen noch ein Betrag von rund 320 000 Mark verbleiben, der sich durch die Spigung der wirtschaftlichen Verhältnisse weiterhin erhöhen dürfte. Bürgermeister Dr. Roedig berichtete ferner über die gemeine und gehobene Fürsorge, für die der Stadt naturgemäß von der Regierung gewisse Richtlinien vorgezeichnet sind. Stadt sehe sich auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege gezwungen in Anbetracht der Finanzlage und der großen Zahl der Unterstützungsempfänger (rund 7000) eine Senkung der Beiträge zu müssen, doch hofft sie, obwohl von Regierungsseite ein 12prozentige Senkung als zulässig anerkannt worden ist, mit ein 6prozentige Kürzung der Sätze auszukommen. Sie wolle hierbei, um Härten zu vermeiden, den Weg der Individualfürsorge nicht verlassen, um in den Einzelfällen auf ein Existenzminimum Rücksicht zu nehmen.

Mord bei Lauban

Ein 17jähriges Mädchen erschossen

Auf dem Wege zwischen Lauban und der Kolonie Göbber ist am Sonntag vormittag die siebzehnjährige Hildegard Schick aus Lauban erschossen aufgefunden worden.

Das Mädchen, das am Sonnabendabend seine kleine Geldtasche aus Versehen abgeben wollte, ist durch einen geringeren Entfernung abgegebenen Schuß in den Rücken, mehrere Schüsse in den Kopf und durch tiefe Messerstiche in Hals und den Kopf getötet worden. Soweit sich aus dem Bericht der Leiche schließen läßt, hat ein erbitterter Kampf zwischen Mörder und seinem Opfer stattgefunden. Jedem welche Spuren über die Mordtat zu diesem Verbrechen liege über den Weg sind bisher nicht gefunden worden. Die Breslauer Mordkommission hat noch im Laufe des Sonntags die Ermittlungen aufgenommen.

Oberbahn auf Grund gerieten

In der Nähe von Domseln geriet ein Aahn-Schleifschiff Dampfer-Compagnie, der eine Ladung von mehreren tausend Zentnern Zuder führte, auf Grund und wurde vom Aahn Da es sich um einen Kahn handelt, der nach moderner Konstruktion mit wasserfesten Schotten versehen ist, wurde die Ladung über die Mordtat zu diesem Verbrechen liege über den Weg sind bisher nicht gefunden worden. Die Breslauer Mordkommission hat noch im Laufe des Sonntags die Ermittlungen aufgenommen.

SWP. macht Eroberungen

Aus Görlitz wird dem vorläufig in Breslau erscheinenden Zentralorgan der SWP. gemeldet, daß die dortige „Arbeitergemeinschaft für linkssozialistische Politik“ geschlossen habe, zur SWP. überzutreten. Diese Nachricht enthält eines pikanten Beispiels, wenn man sich daran erinnert, wie vor gar nicht allzu langer Zeit der jetzige Bezirksvorsitzende der SWP. Dr. G. S. E. als Bezirksvorstandsmitglied der Sozialdemokratischen Partei Mitteldeutschlands energisch dagegen protestierte, mit dieser Arbeitergemeinschaft in Beziehung gebracht werden.

Im Kessel ertrunken

Am Sonnabend nachmittag ist in den Oberhüttenwerken in Gleiwitz der Arbeiter Johannes Bohl in einen mit heißem Del gefüllten Kessel gefallen und dabei ertrunken. Die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen aufgenommen. Allem Anschein nach handelt es sich um einen Unglücksfall.

Glogau. Der Betrieb der Kleinbahn Volkmit-Kauden wird vorläufig aufrecht erhalten werden. Die Direktion der Bahn will zunächst das Ergebnis der Schritte abwarten, die der Volkmiter Bürgerverein eingeleitet hat, um eine staatliche Unterstützung der Bahn zu erwirken.

Braunau, Kr. Löwenberg. Vom Schlachtfeld der Arbeit. Hier stürzte der Stellenbesitzer Holzbecher von einem Leiter auf die Tenne. Der Verunglückte wurde bemühlos mit schweren Verletzungen aufgefunden und ins Löwenberger Krankenhaus gebracht, wo er kurz darauf seinen Verletzungen erlegen ist.

Zombowice (Poln.-Schlei). Fuhrwerk vom 3. zermalm. Unweit des Ortes wurde das Fuhrwerk des Gemeindevorstehers von Zombowice beim Ueberfahren der Straße von dem nach Krakau fahrenden Personenzug frühmorgens zermalm. Der Gemeindevorsteher Papiernik wurde an der Stelle getötet. Als der Schrankenwärter das durch die Nachlässigkeit — er hatte die Schranken nicht geschlossen — verursachte Unglück sah, warf er sich vor einen Zug. Er wurde ebenfalls getötet.

Nieschowitz. Todesprung auf den fahrenden Zug. In der Nähe der Preußengrube sprang ein 15jähriger Junge, der auf der Halbe Kohlen gesucht hatte, auf einen fahrenden Zug auf. Er geriet dabei unter die Räder und wurde getötet.

Aus der Umgebung

Feiger Naziüberfall

Gestern Abend gegen 7 Uhr wurde ein Reichsbannermann aus Schönborn, der ahnungslos in Domschau spazieren ging, von einem Nazioten hintertäuscht mit einem Schlagring angegriffen. Glücklicherweise wurde der Ueberfallene bei der Abwehr leicht an der Hand verletzt. Dem wackeren Nazijüngling, der anscheinend das Herz in die Hose, so daß er eilig die Flucht ergriff und leider unerkannt entkommen konnte.

Neudorf. Einem Breslauer Genossen wurde am Sonntagabend gegen 19 Uhr eine Fahrradlampe vom Rade gelassen. Es handelt sich um eine Karbidlampe, deren Wasserreservoir mit einem Korfen verflochten war. Mitteilung über entpönderte Wahrnehmung an die Volkswacht-Redaktion.

Kriegwitz. Unfall an der Straßenkreuzung. Gestern nachmittag gegen 6 Uhr stieß an der Straßenkreuzung Domschau-Kriegwitz ein Auto mit einem Motorrad zusammen. Das Auto sowie das Motorrad wurden nur leicht beschädigt. Nur der Sozialfahrer des Motorrades erlitt einige leichte Verletzungen, während der Fahrer sowie die Insassen des Autos unverletzt blieben.

Sozialdemokratische Partei
Unterbezirk Breslau-Land, Neumarkt/Nimpsch
Sekretariat: Margaretenstr. 12, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 12
Telephon 5906, 5901
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-12 u. 16-18

Brodau. Sozialistische Arbeiterjugend. Wir teiligen uns heute Abend um 19 Uhr bei Neude an der Vortragsabend des Bildungsausschusses mit Gen. Dr. Stom...

Schweinitz. Dienstag, den 27. Oktober, in Schweinitz öffentliche Versammlung abends 8 Uhr. Genosse Schiffer.

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Gruppenstraße 5, Matthiassplatz 100, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. — Bezugspreis im Voraus 1.75 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn + 0.50 Rmt. Durch die Post monatlich 1.75 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn + 2.10 Rmt. Durch die Post einl. Postgebühren 2.46 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738
Postfach-Konto: Postfach-Nr. Breslau Nr. 5852
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau
Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 20 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-, Verammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf. das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormitags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Neue rohe Mordtat der Kommunisten

Kommunisten ermorden in roher Weise einen Polizeibeamten Die geheime Bereitschaftstruppe im Keller

Gesentkirchen, 26. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)
In der Nacht zum Montag gegen 1.30 Uhr stießen in Gesentkirchen zwei Polizeibeamte, die sich auf einer Patrouille befanden, auf eine Gruppe randalierender Kommunisten, die aus dem Volkshaus kamen. Als die Beamten die Kommunisten zur Ruhe aufforderten, fielen aus der Gruppe Drohrufer. Der eine der Beamten niederkniet, um die Namen der Ruhestörer festzustellen. Einen Augenblick später wurde er von einem Kommunisten mit einem Revolver angegriffen, der auf den Beamten losging. Die Kommunisten griffen jetzt ebenfalls zur Waffe und bedrohten den zweiten Beamten, dem Schwerverletzten zu Hilfe zu kommen. Als dieser Beamte sich dann auch seiner Waffe bedienen wollte, rissen die Kommunisten aus. Niederwerfer hat zwei Schüsse in den Bauch, einen in die Brust, einen in den Oberarm

und einen in die Wirbelsäule erhalten und ist nach großen Qualen am Montag vormittag im Krankenhaus gestorben. Einer der Kommunisten muß durch einen Schuß ebenfalls verletzt worden sein.
Die Polizei besetzte nach in der Nacht das Volkshaus, verhaftete 40 Leute, darunter eine Art Bereitschaftstruppe, die in einem dunklen Keller des Hauses lag. Außerdem wurden Waffen und illegale Schriften beschlagnahmt. Auf die Ergreifung der Täter sind 3000 Mark Belohnung ausgesetzt. Niederwerfer, der Mitglied der SPD. war, hinterläßt Frau und ein Kind.
In Dortmund gab am Sonntag abend ein Nationalsozialist, der neben einem Trupp Reichsbannerleute marschierte, zwei Schüsse auf den Zug ab. Ein Reichsbannermann wurde leicht verletzt.

Wann geht Herr Reinhart aus dem Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung?

Einer der in den Schultheiß-Standal verwickeltesten „Wirtschaftsführer“ ist Herr Reinhart von der Commerzbank, der u. a. auch in dem Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung sitzt. Reinhart gilt zugleich als einer der Finanziers der „Nationalen Opposition“. Er hat bisher keine Anstalten gemacht, angesichts des Schultheiß-Standals, für den er mit verantwortlich ist, aus dem Wirtschaftsbeirat auszuscheiden. Wird ihn nunmehr die Reichsregierung dazu veranlassen? Oder will sie Gefahr laufen, daß andere Mitglieder des Wirtschaftsbeirates aus der Situation von sich aus die Konsequenzen ziehen und eine Zusammenarbeit mit Herrn Reinhart ablehnen?

Polen und Danzig

Polen zur Ausnutzung des Danziger Hafens verpflichtet
Danzig, 25. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)
In der Danzig-polnischen Streitfrage um den Hafen Gdingen hat der Kommissar des Völkerbundes Graf Gravin am Montag eine Entscheidung gefällt, nach der Polen verpflichtet ist, den Danziger Hafen voll auszunutzen. Diese Verpflichtung bringt aber keineswegs die Notwendigkeit mit sich, Ausführungsverträge abzuschließen. Der Hohe Kommissar empfiehlt den Parteien in direkten Verhandlungen zu einer Verständigung zu gelangen.

Auflösungsantrag in Danzig

Danzig, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)
Die sozialdemokratische Volkstagsfraktion hat die Auflösung und Neuwahl des Volkstages beantragt. Unter der jetzt fast ein Jahr am Ruder befindlichen Bürgerblockregierung mit ihrer völligen Abhängigkeit von den Nationalsozialisten haben sich hier Zustände herausgebildet, die es dringend erforderlich machen, der Bevölkerung Gelegenheit zu einer Neuwahl zu geben. Der Auflösungsbeschluss des Parlaments bedarf der Mehrheit der Abgeordnetenwahl, das sind 37 von 72. Die Linke verfügt über 26 Mandate.

Die Unruhen auf Cypern

London, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)
Die Unruhen auf Cypern nehmen ihren Fortgang. Am Montag wurde in Cyrenia wieder ein Bischof festgenommen. Er soll einen Angriff gegen das englische Verwaltungsgebäude angeführt haben. In einem anderen Teil der Insel haben sich größere Menschenmengen mit der Gewinnung von Salz beschäftigt und damit gegen die Monopolgesetzgebung verstoßen. Am Montag sind wieder vier Flugzeuge und Truppenverstärkungen aus Ägypten nach Cypern entsandt worden.

Riesensprengstoff-Fund bei Kommunisten

Drei Zentner Sprengstoff bei kommunistischem Funktionär gefunden — Die KPD-Zentrale in den Sprengstofflagern beteiligt — Neue Lager auf Grund der Korrespondenz im Karl-Liebknecht-Haus entdeckt

Die Berliner Kriminalpolizei hat bei dem kommunistischen Funktionär und früheren Strahnen-Heberbrüder drei Zentner Sprengstoff entdeckt und beschlagnahmt. Die Menge würde genügen, um ein ganzes Großviertel in die Luft zu sprengen. Einen Teil der Sprengstoffe bewahrte Heberbrüder in einer Gartenlaube auf. Der Rest wurde am Montag in dem Keller seiner Wohnung gefunden.
In den Kellerräumen wurden u. a. noch Drahtrollen, Metallbehälter, die zur Herstellung von Sprengkörpern dienen sollten, eine behelfsmäßig hergestellte Handlanate, Aufschlag- und elektrische Zünder und vieles Zubehör gefunden. Der Sprengstoff stammt keineswegs aus Fabriken, in denen er hergestellt wurde. Er dürfte aus Zechen- und Steinbruchbetrieben entwendet worden sein. Soweit der kürzlich aufgedeckte Sprengstoffdiebstahl im Petershain mit den Nachforschungen von Heberbrüder zusammenhängt, hat sich bisher noch nicht feststellen lassen.
Im Zusammenhang mit den Sprengstoff-funden bei Heberbrüder besetzte eine Abteilung der Berliner Polizei am Sonntagabend das Haus der kommunistischen Parteizentrale am Bülowplatz. Das Haus wurde am Montag morgen bis auf die Räume des Zentralbüros wieder freigegeben. Die endgültige Umwälzung erfolgte am Montag abend. Die Durchsuchung hat einiges Schriftmaterial und verschiedene Korrespondenzlage gefördert, die inzwischen zur Entdeckung neuer Sprengstofflager führten. In verschiedenen Wohnungen kommunistischer Parteimitglieder inner- und außerhalb Berlins sind am Montag ebenfalls größere Mengen Sprengstoffe und dazugehörige Sprengstoffmaterialien beschlagnahmt worden. Die Besitzer wurden verhaftet. Einige sind flüchtig. Auch ist die Polizei auf des Materials aus dem Karl-Liebknecht-Haus aus einem Teil der Sprengstofflieferanten auf der Spur. Die von der Organisation reichen bis nach Ober- und Niederschlesien und Schleswig-Holstein.

ke bisher kein Mandat bejaßen, knapp an die Mandatszahl herangekommen. Unter den bürgerlichen Parteien hat die Bauernpartei mit ihrer hochschulpolitischen Politik am besten abgeschnitten, während die Freilinnigen ständig im Rückgang sind. Obwohl der sozialdemokratische Erfolg nicht in Mandatsziffern ausgedrückt ist, ist der Kurs nach links in der Schweiz unbestreitbar.

Neuer Gewaltstreik der Japaner

London, 26. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)
In der Mandchurie haben die Japaner jetzt wiederum eine Bahnlinie besetzt. Der Schritt wird mit der erhöhten Aktivität chinesischer Banden in dem betreffenden Gebiet begründet. Die Bahn ist chinesisches Eigentum. Die japanische südmandchurische Bank und die Yokohama Specie-Bank besitzen jedoch Hypotheken auf sie im Werte von 4,9 Millionen Pfund Sterling.

Die Wahlen in der Schweiz

Weitere Einzelheiten — Ernst Reinhard gewählt — Kund nach links unverkennbar
Zürich, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)
Das endgültige Ergebnis der Schweizer Nationalwahlen lag auch am Montag abend noch nicht vor. Die Mandate dürften sich jedoch ungefähr wie folgt verteilen: Sozialdemokraten 49 (bisher 50), freilinnige Demokraten 52 (53), Christlich-Konservative 45 (48), Bauernpartei 30 (31), Sozialistischer, eine Mittelgruppe, 2 (3), Liberal-Konservative (äußerste Rechte) 5, verbleibend sogar nur 4 (6). Kommunisten 2 und ein Dispositioneller (bisher 2), wozu noch ein oder zwei Wilde kommen.
Die Sozialdemokraten verloren 2 Mandate, eines im Kanton Aargau und eines im Kanton Bern, der um 3 Mandate weniger zu befehlen hat als bisher. Gewonnen wurden ein Nationalratsmandat im Kanton Gené und im Kantone ein Ständeratsmandat, das von dem Präsidenten des kantonalen Parlaments befehligt wird. Personell ist die sozialdemokratische Vertretung im Nationalrat keine wesentlichen Veränderungen auf. Im Kanton Bern ist der preisverleihende Ernst Reinhard, der 1928 nicht wiedergewählt worden war, gewählt worden. Die sozialdemokratische Stimmenzahl ist um mehr als einhunderttausend gestiegen und reicht damit sehr nahe an die der größten Partei, der freilinnigen Demokraten, heran. Rückgang der Mandatszahl des Nationalratses um elf geht also nahezu auf Kosten der bürgerlichen Parteien. Die Sozialdemokraten haben unter Berücksichtigung der Mandatsherabsetzung zwei Mandate gewonnen und sind in drei Kantonen, in denen

Das Reichsbanner zur Lage

Erklärung der Bundeskonferenz des Reichsbanners Reichsbanner nie notwendiger als heute

Am letzten Sonnabend und Sonntag waren in Magdeburg die leitenden Funktionäre des Reichsbanners zur Besprechung der Lage versammelt. Darüber übermittelt der erste Bundesvorsitzende, Oberpräsident D. Hörling, der Presse folgende Erklärung.
„In der am 24. und 25. Oktober zu Magdeburg abgehaltenen Konferenz der Gau- und Kreisführer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold konnte einhellig festgestellt werden, daß trotz der unverminderten Wirtschaftsnot seit dem unheilvollen Wahltag des 14. September 1930 das Reichsbanner sich innerlich und äußerlich dauernd gekräftigt hat. Der kameradschaftliche Zusammenhalt und der Opferwille der im Bund zusammengeschlossenen republikanischen Kriegsteilnehmer und Kriegsteilnehmer-Erhne ist so fest und unerlöschlich wie nie zuvor. Ebenso einstimmig mußten aber auch die Vertreter aller Gauen ernste Besorgnisse zum Ausdruck bringen. Das Bedauern, ja die Erbitterung ist allgemein, daß der berechnungswürdigen Person des Herrn Reichspräsidenten ein Mann mit befehleter Vergangenheit wie A. Hitler nicht hat ferngehalten werden können.“

Immer noch mißt die Justiz mit zweierlei Maß. Daß im Lande Braunschweig zu zehntausenden aus dem ganzen Reich zusammengeholtene faschistische Gewalttaten 2 Tage lang dort eine gewalttätige Gewalt ausüben konnten und auch nachträglich nicht mit aller Entschlossenheit die notwendigen Konsequenzen daraus gezogen worden sind, beleuchtet die Verworfenheit der politischen Lage. Was sich in Braunschweig tatsächlich abgepielt hat, werden wir in kürzester Frist durch unsere Bundeszeitungen und die Bundespressestelle der Öffentlichkeit vorlegen. Nur eines möchten wir heute schon hervorheben: pflichteten bis zum Neuesten, teilweise heldenhaft und völlig selbstherrlich war die Haltung der zahlreich viel zu schwachen Landespolitiker Braunschweigs. Der faschistische Polizeiminister Klages hat, während er die republikanische Kritik mit rüchichtslosem Verbot unterdrückte, trotzdem die Polizeibeamten vor feigen und verleumdenden Angriffen der bürgerlichen Presse nicht geschützt. Leider muß aber festgestellt werden: Mehr oder weniger lassen es die Reichsregierung und selbst Landesregierungen, in denen die republikanischen Parteien das Fest völlig in der Hand haben sollten, am nötigen Selbstbewußtsein und Durchgreifen fehlen. Bünde und Organisationen, an deren einseitiger politischer Einstellung, ja an deren verfassungseindlichen Grundcharakter heute kein Zweifel mehr erlaubt sein darf, werden teils vom Reich, teils von den Ländern subventioniert und zu Aufgaben herangezogen, an die man offene oder versteckte Feinde der Republik nicht heranlassen darf. Kräfte im republikanischen Lager, im besonderen im Reichsbanner, stehen zur Lösung aller Lebensfragen der Republik genügend und zu jeder Zeit zur Verfügung.
In solcher Notzeit hält es das Reichsbanner für seine wohlverstandene vaterländische Pflicht, den eisernen Zusammenhalt der in überparteilicher Form zusammengeschlossenen Kameraden unbedingt zu wahren. Es liegen keine Anzeichen vor, daß Spaltungsversuche oder ähnliche parteipolitische Umtriebe unseren Bund gefährden können.
Das vor Jahresfrist ausgesprochene Wort Carl Seegerings:

1. Tag im Günther-Prozess

Lehrling Veier durch 80 Schrotkörner getötet. Zeugen werden schikaniert — Günther ist zu Frieden im Gefängnis — Gott hat den Tod des Ermordeten gewollt
(Ausführlicher Prozessbericht im „Schlesischen Teil“.)

„Das Reichsbanner ist notwendiger denn je“ ist nie wahrer gewesen als heute. Dessen mögen sich aber auch alle mitverantwortlichen verfassungstreuen Personen und Organisationen bewußt bleiben. Wenn von „Auflösung“, „Verbot der Bundestracht“, „Demonstrationsverbot“ für alle Verbände gesprochen wird, so ist dies, soweit es das Reichsbanner betreffen sollte, verantwortungsloses Verleumdung.

Eine Republik, die die demokratische Nothilfe ihres Schicksals nicht nur zu machen vermag, würde sich selbst aufgeben.

Das Reichsbanner lehnt es mit aller Entschiedenheit ab, mit halb- oder ganzschichtlichen, mit halb- oder ganzsozialistischen Bänden oder Bewegungen in einen Topf geworfen zu werden. Von allen verantwortungsbewußten republikanischen Parteien, Verbänden und ihren Führern verlangen und erwarten wir, daß sie sich geschlossen hinter uns stellen.

Wir wollen als anständige Bürger der Republik die Republik schützen und werden uns durch nichts abhalten lassen, in der Stunde der Gefahr zur Stelle zu sein.

Ich trage, sagte Brand zu ihm: „Ne, die Hauptfrage ist, daß ich nicht erwischen läßt!“

Der Angeklagte Schulz, der in Weichensee wohnt, nach dem Kurfürstendamms gefahren, um, wie er angibt, Sturmleute zurückzuholen; Krawallabsichten lagen ihm angeblich völlig fern. Der Angeklagte Hagemeister, der über den furchtgebietenden Titel: „Truppführer zur besonderen Verwendung im Stabe des Sturmbarons und kommissarischer Stabsadjutant“ verfügt, war gleichfalls am Kurfürstendamm, er weder zertrümmerte Fensterhebeln, noch verprügelte Passanten, noch „Juda-verredet!“ Rufe gehört. Der Zeitungsfahrer Dammerow, der in der „Angriff“-Expedition beschäftigt ist, hat den Sturmführer Schulz mit seinem Motorrad nach Kurfürstendamm gefahren. Dammerow ist so etwas wie ein Motorradfahrer zur besonderen Verwendung; er fährt den tüftelnden Sturmführer Schulz auf die diversen Berliner Kriegsschauplätze und der großzügige Sturmführer bezahlt ihm dafür die Steuer und das Benzin. In diesem Fall läßt sich erkennen, mit welcher Sorgfalt die nationalsozialistische Krawallorganisation aufgezoogen ist. Die gleiche durchsichtige Klarheit wie die anderen Angeklagten zeigt auch der Sturmbannführer Sell, der gleichfalls als Drahtzieher der Kurfürstendamm-Aktion verdächtig ist. Auch er will die Schuld in Person sein...

Leert, ihr seid gewarnt!

Das Grauen des Bruderkampfes — Eine Saalschlacht zwischen Kommunisten und Sendewitz-Leuten

„Freundschaft!“

„Lieber tausendmal mit den Kommunisten als einmal mit Groener!“

(Sendewitz in der Berliner Versammlung.)

Wir lesen in der Chemnitzer „Volkstimme“:

Während die Konterrevolution fieberhaft am Werke ist, um außerparlamentarisch den entscheidenden Schlag gegen das Proletariat zu führen, reisen Sendewitz und seine Leute in Deutschland umher, um auf dem Weg der Spaltung Anhänger für ihre Parteigruppen zu werden. Die erste Versammlung in Berlin in Kleins Festhallen endete mit Szenen, die jeder Beschreibung spotten. Die Kommunisten in Thorhorst, die vor kurzem noch der Fabian-Gruppe angehörte, trat gegen Sendewitz auf, und zum Schluß schlug man mit Stuhlbeinen, Schlagringen und Bierfäßeln aufeinander los. Wir erhalten über diese Versammlung folgenden Bericht:

„Obwohl schon um 6 Uhr in Kleins Festhallen eine Funktionärsversammlung der Sendewitz-Gruppe tagte, um den Saal für alle Eventualitäten zu belegen, war um 7 Uhr, dem Beginn der Saalöffnung, im Nu der weite Raum mit Hunderten von Kommunisten besetzt. Es gelang Sendewitz schon in seinem Referat sehr schwer, sich gegen die kommunistischen Zwischenrufe durchzusetzen. Am bedrohlichsten wurde die Situation, als Theodor Liebknecht eine kurze Sympathie-Erklärung seiner Gruppe für die SA abgab. Liebknecht mußte abtreten. Nach ihm sprach die von der Sozialdemokratie zur SPD übergetretene Frau Thorhorst. Ihre Schlußsätze waren das Signal für die Kommunisten, von den Stühlen zu springen, „Rotfront!“ zu rufen und anschließend alle Strophen der „Internationale“ abzusingen. Auf die weiter andauernden „Rotfront“-Rufe antworteten die Jugendlichen mit dem alten Ruf der SA: „Freundschaft!“ Es war ein erschütternder Anblick, wie auf diese Freundschaftsrufe hin die Kommunisten die Stühle erhoben und auf die SA-Jugend einschlugen. Die jungen Arbeiter, die blutend und ohnmächtig zum Sanitätsraum gebracht wurden, konnten gestern Abend nicht mehr über den Satz nachdenken, den Sendewitz eine

Stunde vor dem blutigen Zusammenstoß geprägt hätte: „Lieber tausendmal mit den Kommunisten, als einmal mit Groener!“

Die Polizei mußte schließlich die Versammlung auflösen und den Saal mit Gewalt räumen.

Soweit der Bericht. Ist das nicht grauenhaft? Hat das Proletariat aus der schrecklichen Spaltung der Kriegszeit immer noch nichts gelernt? Man mag noch so sehr beteuern, daß der Bruderkampf sachlich geführt werden solle, hier sehen wir, daß Spaltung und Bruderkampf ihre eigenen Gesetze haben und zu einer verhängnisvollen Schwächung des Proletariats führen. Wenn es auf diesem Wege weiterginge, dann hätte die Konterrevolution wahrlich leichtes Spiel mit dem Proletariat. So brutal auch das Verhalten der Kommunisten in der Sendewitz-Versammlung gewesen ist — wir kennen die Gesellschaft ja — die Verantwortung für diesen neuen Bruderkampf aber tragen diejenigen, die das Proletariat neu zu spalten versuchen.

Edstein als Jurist

Spalterführer liefert das unterschlagene Gut aus

Die Aufforderung zur Unterschlagung von Parteigeldern, die Rechtsanwalt Edstein in Breslau an solche bisherigen Parteimitglieder der SPD gerichtet hat, die zur Rosenfeld-Sendewitz-Gruppe übergetreten sind, ist vom Parteivorstand der SPD damit beantwortet worden, daß er die Betreffenden wegen Unterschlagung zur gerichtlichen Verantwortung ziehen werde. In Lössau in Sachsen hatte der bisherige Parteiführer Pfister zunächst die Aufforderung Edsteins befolgt. Als ihm aber durch den dortigen Rechtsanwalt Dr. Schuster unter Strafandrohung die Aufforderung auf Herausgabe des Parteimaterials zugeht, hat er sich nicht auf Edsteins Verfügung verlassen, „er und Rosenfeld seien ja Juristen und würden die Sache schon machen“. Er hat vielmehr die Mitgliederkartei, die Beitragsmarken und circa 300 Mark Bargeld an den neuen Sekretär der SPD, Richter in Lössau ausgehändigt. Womit wohl erwiesen ist, daß Edstein nicht nur ein schlechter Politiker, sondern auch ein schlechter Jurist ist.

Der Prozeß gegen die Führer der Nazibanditen

Auch jetzt kneifen die Führer wieder feige — Nazibanditen und Stahlhelmer einig in der Rohheit

Vor dem Schöffengericht Berlin-Charlottenburg begann am Montag vormittag der mehrfach vertagte Prozeß gegen den Oberführer der Berliner SA, Graf Hellborn, und seinen „Stabschef“ Ernst, sowie gegen den Stahlhelmführer Brand, wegen schweren Vandalismusbruchs und Räubersführerschaft, ferner gegen die Sturmführer Schulz, den „Standartenadjutant“ und Truppführer Hagemeister, den Zeitungsjahrer Dammerow, den Sanitätstruppführer Samerski und den Sturmbannerführer Hell, zum Teil wegen schweren Vandalismusbruchs, zum Teil wegen Beihilfe dazu. Dem Prozeß, zu dem über hundert Zeugen geladen sind, liegen die vorwurftreichen Ausschreitungen auf dem Kurfürstendamm in Berlin anlässlich des jüdischen Neujahrsfestes zugrunde. Der erste Verhandlungstag ist der Vernehmung der Angeklagten gewidmet. Graf Hellborn wiederholt die groteske Ausrede, die er auch im ersten SA-Prozeß mit wenig Erfolg gebrauchte: der Pogrom am Kurfürstendamm sei das Werk von Gegnern, Spitzeln und Provokatoren gewesen. Im übrigen verjuchte er, die Exzesse seiner Leute zu bagatelisieren. Als ihm der Vorsitzende vorhält, daß immerhin eine erhebliche Anzahl von schweren Gewalttätigkeiten vorgekommen

der einflussreichen „Wahrnehmung der Geschäfte“ beauftragt hat. Angehend hat Hellborn Hitler im ersten SA-Prozeß nicht geschickt genug geschwindelt. Der „kommissarische“ Führer Ernst, ein gerade 24-jähriger Jüngling mit unglaublich viel Selbstbewußtsein und einem chronischen Mangel an Gedächtnis, will das Gericht glauben machen, daß er und sein jetzt beurlaubter Vorgesetzter Hellborn auf dem tumult-erfüllten Kurfürstendamm gleichsam als Beruhigungsspielen gewirkt hätten. Er stellt jede Räubersführerschaft in Abrede und will in keiner Weise die tobenden SAler aufgeputzt und aufgereizt haben. Im übrigen kam ihm natürlich der ganze Vorfall schrecklich harmlos und unerheblich vor.

Der dritte Hauptangeklagte, der Stahlhelmhauptling Brand, erscheint mit ordensgeschmückter Brust vor seinem Richter. Aus Brands Vorleben ergibt sich, daß er, der jetzt vor Gericht den Harmlosen mimt, bereits zweimal „erschlägt“ verurteilt ist, und zwar einmal, weil er anlässlich der Verfassungsfeier des Reichsbanners in Leipzig einen Obelisk um- und geschmachtet mit Hakenkreuzen und Stahlhelmemblemen „verzieren“ hat. Dieser Brand will auch nur auf den „Kriegsschauplatz“ gekommen sein, „um sich die Sache mit anzusehen“. Seine Leidenschaft ist angeblich das Schlachtenbummeln, es geht ihm wie Ludendorff, beim Kapp-Putsch 1920 — er ist immer „zufällig“ dabei! Eben „zufällig“ traf er eine Anzahl ihm unterstellter Stahlhelmmkameraden, denen er gesagt haben will: „Also Kinder, das ist schon eine Neujahrsfeier!“ Als ihm einer seiner Stahlhelm-Kameraden erklärte, daß er ein feststehendes Messer bei

Großes Maul und nichts dahinter

Das ist die AP in Braunschweig

Braunschweig, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Die Braunschweiger Kommunisten veranstalteten am Sonntag-Nachmittag eine Versammlung „gegen den Hunger“, in der im wesentlichen mit Beschimpfungen gegen die Sozialdemokratie gearbeitet wurde. Es gelang den Kommunisten nicht, die Stadthalle zu füllen. Dem Vorgesetzten waren dagegen am Tage zuvor weit über 6000 Personen gelistet. Zum ersten Male seit dem Bestehen der Stadthalle mußte die Halle wegen Ueberfüllung polizeilich geschlossen werden. Auch Hitler vermochte die Halle nicht zu füllen.

Die Versammlung der SPD, in der Otto Wels zu den Massen sprach, war ein voller Erfolg und zeigte, daß die Braunschweiger Arbeiterschaft nach wie vor hinter der SPD steht. Die Meldungen der kommunistischen Presse über einen politischen Massenstreik in Braunschweig sind erfunden. In Braunschweig streikt nicht ein Arbeiter.

Erkältet?

Fay's echte Sodener Mineral Pastillen helfen

PETER RISS
Stahlbad Amoff
Kriegsroman der Siebzehnjährigen

Copyright 1930 by Fackelreiter-Verlag G. m. b. H., Hamburg-Bergedorf

39. Fortsetzung.

Lieber Kamerad, leb' wohl! Grüße Kari Kibb noch besonders. Er ist der tapferste Kamerad der Kompanie. Wenn alle so wären wie er, — dann wäre der Krieg längst vergessen. Aber seine Zeit wird kommen, Kamerad. Sie wird dann da sein, wenn wir Armen dieses „Vaterlandes“ endlich unser Recht selbst erkämpfen haben. Denn selber erkämpfen müssen die Unterdrückten ihre Freiheit. Unsere Unterdrücker sehen uns nicht als Menschen an, wir sind immer nur Kammern und leerenlose Kreaturen für sie, bis der Tag kommt, an dem wir ihnen zeigen, wer wir sind.

Ich danke Euch für alles Gute und sterbe mit dem Wunsche, daß ihr in diesem furchtbaren Krieg nicht gemordet werdet und alle gesund nach Hause zurückkehrt.

Verjucht sei der Krieg!
Bergeht mich nicht!
Heinrich Langer.

In dem Karton liegen noch: ein kleiner Handspiegel, eine Nadelnäh, — er hat sie mir mal auf dem Markt gezeigt und gesagt, er habe sie als Zugabe zu seinem Konfirmationsantrag bekommen, — vier Bogen Schreibpapier und ein kleiner Bleistift. Ein Zettel liegt noch bei diesen Sachen, darauf steht: „Diese Sachen sollen meinem Kameraden Peter Kibb gehören.“ Das ist das Vermächtnis eines Rekruten seiner Kameraden des Kaisers. Es ist nicht viel, was die Söhne des armen Volkes zurücklassen. Es ist nicht viel, worfür sie den „Heckentöter“ hier oder in zusammengegeschossenen Schützengräben herben. „Aber sie ließen doch ihr einmaliges, ihr kostbares Leben“, sagt

ih? O nein, sie haben kein Leben, sie haben nur eine Nummer, nur ein Soldbuch: die Nummer wird geschrieben, weiter nichts...

Meine Tränen fallen auf das Papier, — ich denke an deine Mutter, Kamerad, — sie hat mich nicht erkannt, als sie unsere Front abharrt, ich konnte nicht zu ihr gehen und sie in die Arme nehmen und fortzuführen von der Front der Gewehre und grauen Schanzen, noch bin ich der Rekrut Nummer so und so in der Armee der Könige und Generäle eines „Vaterlandes“, das uns nicht gehört, eines „Vaterlandes“, in dem auch deine Mutter nur eine Gebärmahne ist — aber die Zeit wird kommen, Kamerad, wo sich dein Blut erfüllen wird an diesem „Vaterlande“ und an diesem schneidlichsten aller Kriege! Dann wird deine Mutter zu einer Heiligen werden, dann, wenn wir unter eigenem Vaterland erkämpft haben!

Wenn ich zurückkehre aus all' dem Grauen, ich schwöre dir: Dann soll die Welt deinen letzten Brief lesen, damit sie weiß, wie unmenslich diese „große Zeit“ ist!

Noch ist dein Opfer umsonst, — der Feldwebel, der mir deine letzten Grüße übergab, hat mich „Dreckhausen“ und „Schwein“ genannt, er hat dich noch im Tode verhöhnt...

Aber wenn mich die Granaten verschonen, wenn sie harmherziger sind als diese Teufel, dann soll dein Tod und dein Heldentum einen Sinn haben, Heinrich Langer!

Das schwöre ich dir!

Adamszil hat Urlaub eingereicht. Jetzt geht er wie ein Träumender unter uns, ist sehr ungeduldig und wartet, — wartet.

Der Unteroffizier, der Magdeburger, weiß natürlich aus dem Urlaubsgehalt auch davon. „Na, Kleener“, sagt er eines Morgens in der Parade vor dem Ausmarsch zu dem Kleinen, der verunsichert auf einem Schemel sitzt und vor sich hinbrütet, „in welchem Monat ist denn deine Kasse, ha?“ Er schlägt ihm vertraulich auf die Schulter. Ein böser, ironischer Zug liegt um seinen Mund.

Adamszil harrt hoch und heßt ihn an, als erkenne er ihn nicht. Er muß sehr weit mit seinen Gedanken fort sein...

„Na, du fühlst mich bloß nicht so bloß an, Kleener Stipper“, höhnt der Magdeburger weiter, „du bloß nicht ja.“ Adamszil bleibt sitzen. Er hat bestimmt nicht die Worte

verstanden und ist so abseits mit seinen Gedanken, daß er nicht auf die Ehrenbezeugung zu machen. Der Unteroffizier, der wohl ursprünglich eine kleine Privatunterhaltung zur Auffrischung seiner Phantasie wollte, bemerkt sich plötzlich bei dem Benehmen des Kleinen, der nicht auf diesen Ton eingeht. „Willst du Kari nicht aufstehen, wenn dein Vorgesetzter mit dir spricht“, brüllt er ihn an, und seine Nasenflügel zucken bedrohlich. Kibb und ich molten gerade raustreten. Am Ausgang hören wir noch die drohenden Worte. Kibb bleibt stehen, hält mich fest und sieht mich bedeutungsvoll an. Wir gehen beide zurück.

„Ich — ich habe Herrn Unteroffizier nicht verstanden.“ Adamszil beißt sich auf die Unterlippe und macht die Finger der Hosennaht lang. Kibb und ich stehen jetzt in der Nähe, aber der Magdeburger sieht uns nicht. Adamszil aber hat uns zurückkommen sehen.

„Was? Nicht verstanden, Rekrut?“ Der Jähorn des Magdeburgers ist auf das Neueste entsetzt; wir sehen, wie sein Genid wie mit Blut übergossen ist. Kibb tritt einen großen Schritt vor, immer noch nicht von dem Unteroffizier bemerkt. Jetzt steht er dicht hinter ihm. Das plözt dem Kleinen immer mehr Mut ein. „Was wollen Sie von mir?“ fragt er und sein Gesicht wird mit einem Male ganz hell und durchsichtig.

„Was ich will, du Rindvieh? Du Stück Mist? ...? Was ich will, fragst du deinen Unteroffizier?“ „Sie“, sagt der Rekrut, „Bist du verrückt geworden? ... Du Schweinegill, ha ...? Deine Fose anbuffen, das kannst du, ha ...? Und dann noch Urlaub ...? Ich werde dir was anderes besorgen! Keinen Urlaub wirst du kriegen, dafür Sorge ich, verstanden? Hahahahahaha!“ er bricht in ein wiederholtes Gelächter aus. Adamszil ist bei dem Wort „Fose“ kreidbleich geworden, ich sehe deutlich, wie er etwas schwankt. Hilfesuchend irren seine Augen zu uns hin...

Und schon stehen Kibb und ich neben dem Kleinen. Uns ist alles egal. Wir müssen dem kleinen Kameraden helfen, — das dürfen wir nicht auf ihm sitzen lassen. „Fose“ hat dieser Schützling zu der Braut unseres Kameraden gesagt. „Ich liebe dich, Paula mit dem hübligen Sommerkleid, wie sie bei unserem Ausmarsch aus Berlin neben Adamszil geht und ihm mit ihrer lieblichen, klingenenden Stimme von seiner Mutter erzählt. Paula ist Kaiserin in einem großen Kriegsbetrieb, ein armes Mädchen unseres Standes...“

(Fortsetzung folgt)

Das Ergebnis von Cavals Amerikareise

... auf der Rückreise — Die Stimmung in den „diplomatischen Kreisen“ bessert sich

Newyork, 27. Oktober. (Eig. Funbericht.)

Der französische Ministerpräsident Laval, der heute vormittag um 6 Uhr zur Rückreise nach Frankreich eingeschifft hat, übergab dem Washingtoner Korrespondenten der „New York Times“ seinerseits eine Erklärung, in der vor allem feststeht, daß das Reparationsproblem zunächst eine Unternehmung der deutschen Zahlungsfähigkeit in der Sache bleiben solle. Die Unternehmung werde durch eine Kommission der Baseler Bank für den internationalen Zahlungsausgleich durchgeführt. Sobald abgeschlossen seien, würden die Vereinigten Staaten die früheren Kriegsschulden ins Leben rufen. Hoover und seine Mitarbeiter seien immer wieder erklärt, daß sie entschlossen seien, dem Land zu helfen und seine Erholung von der gegenwärtigen Depression zu fördern.

Paris, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Das Ergebnis der französisch-amerikanischen Verhandlungen hat auch in hiesigen diplomatischen Kreisen eine Enttäuschung hervorgerufen, obgleich man von der Seite keine übertriebenen Hoffnungen auf die Aussprache mit Hoover gesetzt hat.

Vor allem betrachtet man hier die Form, in der die deutsch-amerikanische Frage der Reparationszahlungen in dem französisch-amerikanischen Communiqué behandelt worden ist, als unglücklich, wenn nicht als gefährlich. Aber man legt Wert auf genauere Prüfung nicht die katastrophale Bedeutung bei, die man anfänglich aus den Erklärungen der französischen Presse entnehmen mußte. Wenn es auch, so wurde dem Korrespondenten des „Soz. Pressedienst“ in Paris von maßgebender Seite erklärt, selbstverständlich sei, daß Hoover und Laval in Washington nicht die Abschaffung eines internationalen Abkommens wie des Youngplans beschließen konnten, bedeute andererseits der Satz des Communiqués, daß die Initiative zu einer Neuregelung der Regierungsschulden von den interessierten europäischen Mächten im Rahmen des Youngplans getroffen werden müsse, nicht, daß der Youngplan als solcher bestehen bleiben soll, sondern daß nur die Neuregelung gemäß dem Bestimmung des Youngplans und nicht auf Grund von Interventionen wie die Hoovers im Juni in die Wege geleitet werden soll. Wenn einmal die Verhandlungen darüber im Gange seien, werde sich zeigen, daß der bisherige Zahlungsplan nicht aufrechterhalten werden könne.

Jedenfalls erwartet man auf Grund der Washingtoner Beschlüsse, daß die Reichsregierung in der nächsten Zeit einen Moratoriumsantrag für die geschuldeten Zahlungen stellen wird, was automatisch die Einsetzung des im Youngplan vorgesehenen Sachverständigen-Ausschusses zur Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit zur Folge hat. Die Sachverständigenberatungen dürften sich dann zu einer größeren internationalen Konferenz entwickeln. Es besteht die der Korrespondent des „Soz. Pressedienst“ ferner erklärt, Grund zu der Annahme, daß Frankreich dann bereit sein wird, abgesehen von der Ersetzung eines Teiles der Zahlungen durch Sachlieferungen in eine Herabsetzung der Reparationszahlungen einzuwilligen. Auch eine Verringerung der ungeschuldeten Zahlungen in Frage kommt, wird von der Haltung des amerikanischen Kongresses bezüglich einer Herabsetzung oder Streichung der internationalen Schulden abhängen. Nach einer hier vorliegenden Meldung aus Newyork soll die Zahl der Anhänger einer solchen Maßnahme in einflussreichen amerikanischen Finanz- und Industriekreisen in letzter Zeit bedeutend gewachsen sein.

A. K. Der vorstehende Bericht aus Berlin ist deutlich ein verklärtes Rückzugsgesicht und ein ebenso getarntes Einverständnis des Berichterstatters, daß er in seinem ersten Bericht vorzeitig die Auffassungen der französischen Presse zu eigen gemacht hat. Heute wird zugegeben, was wir bereits gestern deutlich betont haben, daß das Communiqué nicht bedeutet, daß der Youngplan als solcher bestehen bleiben soll, sondern daß die Neuregelung gemäß den Bestimmungen des Youngplans... in die Wege geleitet worden soll“ und nicht durch außenstehende, am Youngplan nicht beteiligte Kreise und Mächte. Der Pessimismus, der entstand, weil offenbar übertriebene Erwartungen durch die Besprechungen Lavals mit Hoover nicht erfüllt wurden, hat überhaupt ganz allgemein das Urteil über die Ergebnisse der Washingtoner Zusammenkunft getrübt. So schreibt auch der „Vorwärts“ gestern abend: „Das bedeutet die prinzipielle Aufrechterhaltung des Youngplans, zugleich aber auch das Einverständnis, daß die Wiederangabe des Youngplans am 1. Juli 1932 praktisch ausgeschlossen ist.“ Dieser Satz ist nicht nur nach den heutigen Meldungen in seinem ersten Teil nicht mehr aufrechtzuerhalten, er widerspricht sich auch in sich. Denn wenn die Wiederangabe des Youngplans als praktisch unmöglich anerkannt wird, so ist das eben keine prinzipielle Aufrechterhaltung der Youngplans mehr, sondern die prinzipielle Anerkennung, daß er unverändert nicht aufrechtzuerhalten ist.

Die pessimistischen Stimmen in Deutschland über den Ausgang der Besprechungen in Washington berufen sich zum großen Teil darauf, daß die französische Reichspresse mit dem Ausgang sehr zufrieden sei. Mit dieser Zufriedenheit ist es aber offenbar eine Sache. Denn zum mindesten in der Frage der Abrüstung und der Sicherheit scheint man doch in Frankreich weitgehend unzufrieden mit den Ergebnissen von Washington zu sein. Die Zufriedenheit betrifft lediglich die Festigkeit Lavals, der, nach Hoover keine Zusagen in bezug auf die von Frankreich gemachten Sicherheitsgarantien machen konnte, an dem alten Standpunkt Frankreichs in der Abrüstungsfrage unverändert festgehalten hat. Darüber kann man sich nicht wundern, es war nichts anderes zu erwarten. Es scheint aber so, daß Frankreich (und insbesondere Laval) das nicht gerade gern tut, sondern daß er selbst gewünscht hätte, diesen Standpunkt abzugeben zu können, natürlich nur gegen die Gewährung der eben genannten Garantien. Und die Meldungen häufen sich jetzt, daß Laval über die Starrheit der USA. sehr verstimmt und in der Sicherheits- und Abrüstungsfrage enttäuscht abgereist sei. Frankreichs Presse aber kritisiert mit Schärfe das Verhalten des Senators Borah, des Vorsitzenden des auswärtigen Ausschusses des Senats, auf dessen „Unveröhnlichkeit“ in dieser Frage die Weigerung Hoovers, Frankreichs Garantieforderungen nachzukommen, zurückgeführt wird.

Wenn aber so wenigstens in der Abrüstungsfrage der überaus pessimistische Standpunkt unseres gestrigen Pariser Berichtes aufrechterhalten bleibt, so bedeutet das doch nur ganz äußerlich eine Bestätigung der gestrigen pessimistischen Auffassung des

Korrespondenten. In Wahrheit ist dessen gestrige Auffassung auch in diesem Punkte nicht bestätigt worden. Denn sein Pessimismus bezog sich gestern auf die starre Haltung Frankreichs in der Abrüstungsfrage, während in Wirklichkeit die Starrheit und damit die Ursache der Verhinderung jedes Fortschrittes in der Abrüstungsfrage deutlich auf amerikanischer Seite liegt. Nicht Laval hat seine Verständigungsbereitschaft gegenüber Deutschland verleugnet, sondern die U.S.A. und Hoover haben sich geweigert, Frankreich die innere Beruhigung zu geben, die es allein zur Abrüstung innerlich bereit machen kann, weil die U.S.A. wenigstens vorerst noch an ihrer splendid isolation festhalten.

Der politische Wirrwarr in England

Die Folge des Parteiverrats der Gruppe Macdonald.

Es ist unbereitbar, daß die sogenannte nationale Regierung, die Macdonald in der zweiten Augusthälfte gebildet hat, innerhalb kürzester Zeit eine ungeheure politische Verwirrung angerichtet hat. Die ursprüngliche Absicht ging dahin, alle Kräfte, die hinter dem Koalitionskabinet stehen, einheitlich gegen die Arbeiterpartei zusammenzufassen. Wäre dieser Plan gelungen, dann würde infolge der Eigenart des englischen Wahlsystems die Lage der Arbeiterpartei überaus kritisch sein. Aber noch ehe die Neuwahlen beschlossen wurden, begann die Regierungsführung zu zerbröckeln. Die oberflächliche Einigung innerhalb des Kabinetts beschränkte sich auf die Sanierungsmassnahmen für das in Unordnung geratene Budget. Die Konservativen, die innerhalb der neuen Koalition ein erdrückendes Übergewicht haben, versuchten darüber hinaus den künftigen Kurs der britischen Politik auf den Schutzzoll festzulegen, wogegen sich die Liberalen mehr oder minder energisch zur Wehr setzten. Raum war das alte Unterhaus aufgelöst, da gingen die Konservativen auf den Gang und erklärten, daß nur solche Kandidaten von ihnen unterstützt werden würden, die sich eindeutig auf eine Schutzzollpolitik verpflichten würden.

Für die Liberalen war das ein schwerer Schlag. Ein Teil von ihnen unter Führung von Sir John Simon beilegte sich, die alte liberale Tradition zu verleugnen und die gewünschten Zusicherungen den Konservativen abzugeben. Sie erklärten, daß der Sozialismus der Hauptfeind sei, daß es vor allem darauf ankomme, die Arbeiteropposition vernichtend zu schlagen und daß das Problem „Schutzzoll oder Freihandel“ erst in zweiter Linie zur Debatte stehe. Durch diesen Kollaps vor den Schutzzöllnern erreichten diese Renegaten des Liberalismus, daß ihnen die Konservativen keine Gegenkandidaten entgegenstellten. Ein anderer Teil der Liberalen unter Führung des Innenministers Sir Herbert Samuel lehnte die geforderte Zusicherung ab und wurde dafür von ihren konservativen Koalitionsgenossen durch Gegen-

partei Hilfe seinen Sitz zu retten hofft. Aber auch wenn es ihm gelingen sollte, sein Mandat zu behalten, so ist er politisch erledigt, es sei denn daß er sich hundertprozentig verneigt und seine Laufbahn offen als konservativer Politiker abschließt. Snowden hingegen, der sich ganz besonders böse auf Cavall gegen seine frühere Partei gelassen hat, wird sein politisches Leben ohne Glanz und ohne Wirkungsmöglichkeiten als Lord im Oberhaus beschließen.

Die Stimmungsberichte aus England sprechen übereinstimmend von einem ungewöhnlichen Sieg der Regierungskoalition und propheteien sogar eine Zweidrittel-Mehrheit für die Konservativen und ihr liberales Anhängel. An der Londoner Börse werden Wetten durchweg in diesem Sinne abgeschlossen. Das englische Wahlsystem spricht in der Tat dafür, daß infolge der Vereinnahmung von konservativen und liberalen Stimmen auf einen Kandidaten in zahlreichen Wahlkreisen die Arbeiterpartei viele Sitze verlieren müßte. Aber Umverteilungen sind nicht ausgeschlossen. Es bleibt vor allem abzumachen, inwiefern der Appell Lloyd Georges an die bisherigen liberalen Wähler Erfolg haben wird. Nicht nur alle Sozialisten, sondern auch alle Menschen, die den volkswirtschaftlichen Maßnahmen eines neuen internationalen Wettlaufs der Volkswirtschaften, müssen wünschen, daß die konservativen Pläne durchkreuzt und daß die Arbeiterpartei die überwältigenden bürgerlichen Wahlpropheten durch einen Erfolg Lügen straf.

Zu Grandis Gegenbesuch in Berlin

Der Verzicht Mussolinis auf einen Gegenbesuch in Berlin ist von den Berliner Stellen „amtlich“ selbstverständlich tief bedauert worden. In Wirklichkeit fiel damit den deutschen Behörden ein schwerer Stein vom Herzen. Für die Sicherheit des italienischen Diktators auf deutschem Boden zu garantieren, wäre keine leichte Aufgabe gewesen. Seit Dezember 1922 hat Mussolini Italien nicht verlassen. Es ist erziehl, daß er von dieser weisen Regel keine Ausnahme gegenüber Berlin gemacht hat, so daß die deutschen Behörden von einer überaus schweren Verantwortung befreit wurden.

Der Außenminister Dino Grandi, der nun den Augustbesuch von Berlin und Curtius in Rom allein erwidert, ist ein getreuer Diener seines Herrn. Nachdem er jahrelang als Unterstaatssekretär seine Zuverlässigkeit bewiesen hatte, ernannte ihn Mussolini zum Außenminister. Ein junger, eleganter, eifriger Diplomat, der es in den letzten Jahren verstanden hat, persönliche Sympathien auch in solchen Kreisen des Auslands zu gewinnen, die das faschistische Regime als solches haßen und verachten. So ist man in den Kreisen der englischen Labour Party auf Grandi nicht schlecht zu sprechen. Er hat auf der Londoner Seeabrüstungskonferenz sehr geschickt die italienischen Interessen in solcher Form vertreten, daß sich schließlich eine deutliche Einheitsfront England-Italien gegenüber Frankreich bildete.

Überhaupt ist der italienische Faschismus in außenpolitischen Fragen sehr unvoreingenommen, sobald es dem italienischen Nationalinteresse geboten erscheint. Diese Eigenhaftigkeit teilt er, wie so viele andere, mit seinem Antipoden, dem russischen Bolschewismus. Die russisch-italienische Freundschaft, die sich in gegenseitigen Flottenbesuchen, Festen und herzlichen Zusammenkünften zwischen Grandi und Litwinow äußert, ist eine der absonderlichsten Erscheinungen der heutigen europäischen Politik. In derselben Zeit schmachten Tausende von italienischen Kommunisten in den Kerker oder auf den Deportationsinseln, oft nur wegen ihres Bekenntnisses zum Bolschewismus, während die Außenminister Stalins und Mussolinis in freundschaftlicher Form miteinander verkehren und sich in Genf gegenseitig unterstützen.

Wir Sozialdemokraten gestehen, daß uns eine solche „Unvoreingenommenheit“ nicht liegt. Wir bringen es nicht fertig, unsere politische Überzeugung von dem sogenannten Staatsinteresse vollständig zu trennen. Wir können keine freundschaftlichen Gefühle für die italienische Außenpolitik aufbringen, und mag sie Scheinbar noch so sehr den deutschen Interessen nützlich sein, so lange das Gekelne Matteottis und Tausender von ermordeten Klassenossen über dem Haupte des „Duce“ schwebt. Es ist eine Pflicht der Aufsichtigkeit, dieses Bekenntnis zur Solidarität mit der Opfer des italienischen Faschismus gerade in den Tagen abzulegen, in denen der italienische Außenminister in Deutschland weilt, mag er persönlich auch noch so wenig mit dieser Blutschuld belastet sein.

Das soll uns jedoch nicht daran hindern, den italienischen Standpunkt zu unterstützen, wenn er sachlich gerechtfertigt erscheint. Das hat auch kürzlich die Leitung der Sozialistischen Arbeiter-Internationale getan, als sie sich beim Völkertag für die Durchführung des italienischen Vorschlages eines Rüstungsfeierjahres einsetzte. Wir wissen wohl, daß die Motive dieses Antrages Grandi keineswegs patriotischer Natur waren, aber seine Durchführung wäre für die Abrüstung nützlich gewesen.

Auch an die von den Deutschen und Nationalsozialisten kolportierte „Deutschfreundlichkeit“ der faschistischen Außenpolitik glauben wir nie und nimmer. Das hat sich in den letzten Monaten deutlich genug gegenüber dem Jollutionsplan gezeigt, den die italienische Regierung fast noch schärfer bekämpfte als die französische und die tschechoslowakische. Hat doch sogar der italienische Vertreter vor dem Haager Gerichtshof, Scialoja, erklärt, daß die Durchführung der Jollunion den Krieg bedeuten würde. Von der Ausrottung des Deutschtums in Südtirol wollen wir hier gar nicht reden. Wenn es auch manchmal in Reden und Artikeln den Anschein hat, als ob der italienische Faschismus besonders „Deutschfreundlich“ ist, so wissen wir, daß dies nur als Druckmittel gegen Frankreich gedacht ist und daß der Faschismus jederzeit bereit ist, auch in anderen Fragen als der Jollunion und dem Widerheitsproblem sich auf die Seite der Sieger des Weltkrieges und der Nutznießer der Friedensverträge von 1919 zu stellen.

Für das italienische Volk empfindet die deutsche Arbeiterklasse eine um so größere Sympathie, als sie die Gewißheit hat, daß es unter der Tyrannei Mussolinis schwerer leidet. Wir hoffen auf den Tag, an dem es uns möglich sein wird, die freundschaftlichen Gefühle, die wir der italienischen Nation entgegenbringen, auch auf die Regierung dieses Landes auszuweiten.

Amlich wird mitgeteilt: „Anlässlich der Anwesenheit des italienischen Außenministers Grandi in Berlin haben zwischen ihm und dem Reichskanzler eingehende politische Besprechungen stattgefunden. Anknüpfend an den freimütigen Gedankenaustausch, den der Reichskanzler bei seinem Besuch in Rom mit dem Chef der italienischen Regierung vornehmen konnte, wurden in den Berliner Besprechungen alle die großen politischen und wirtschaftlichen Probleme internationaler Art einer Erörterung unterzogen, deren Lösung von Tag zu Tag dringlicher wird. Bei der Aussprache, die mit vollster Offenheit und in freundschaftlicher Stimmung geführt wurde, ergab sich weitgehende Übereinstimmung in der Beurteilung der Lage und der Notwendigkeiten, die sich aus ihr ergeben. Insbesondere kam auf beiden Seiten die Überzeugung zum Ausdruck, daß die wirksame Bekämpfung einer Krise, wie sie heute die Welt erschüttert, ohne eine planvolle Zusammenarbeit der beteiligten Nationen nicht mehr möglich ist und daß diese Zusammenarbeit, wenn sie zum Erfolge führen soll, auf gegenseitiger Achtung gegründet sein muß.“

... fertige Mischungen aus Kathreiner und Bohnenkaffee gibt's nicht zu kaufen...

Gerade diese Mischung schmeckt aber bekanntlich ganz besonders gut. Also: einzeln kaufen, bitte, und selbst mischen — es lohnt wirklich!

kandidaturen bestraft. Und schließlich sammelte sich um Lloyd George ein Häuflein der liberalen Anführer, die das Verhalten sowohl der Simon- wie der Samuel-Liberalen für Verrat an den Parteigrundsätzen erklärten und in einigen wenigen Wahlkreisen selbständig auftrifft. Diese spärlichen Anhänger Lloyd Georges werden vor der Arbeiterpartei unterstützt. Dafür hat in den letzten Tagen des Wahlkampfes Lloyd George die Aufsehen erregende Parole ausgegeben, daß alle liberalen Wähler, in deren Wahlkreis kein eindeutiger Freihändler aufgestellt ist, ihre Stimme für den Arbeiterkandidaten abgeben sollen. Es soll nicht weniger als 300 Wahlkreise geben, auf die diese Parole des langjährigen Führers der Liberalen zutrifft. Das sind vor allem die Wahlkreise, in denen ausschließlich ein konservativer und ein Arbeiterparteilicher sich gegenüberstehen, aber auch solche, in denen ein Simon-Liberaler mit einem Arbeiterparteilicher um den Sieg ringt. Unklar ist allerdings, inwieweit dieser Rat Lloyd Georges gegenüber den Samuel-Liberalen Anwendung finden soll. Da die Liberalen zwar bei den letzten Wahlen infolge des ungerechten Wahlsystems nur wenig mehr als 50 Mandate, aber die stattliche Ziffer von mehr als 5 Millionen Stimmen erhalten hatten, könnte diese Parole Lloyd Georges für den Ausgang der Wahlen von entscheidender Bedeutung sein. Die Frage ist nur, ob der fast 70jährige Lloyd George noch einmüßigen die gleiche Autorität unter der liberalen Wählerschaft genießt wie ehemals. Die Art, wie er fast von seiner gesamten Fraktion in den letzten Wochen verlassen wurde, läßt jedoch darauf schließen, daß sein Prestige selbst in liberalen Kreisen sehr gesunken ist.

Die Rolle, die Macdonald, Snowden, Thomas und die kleine Gruppe von Abtrünnigen der Arbeiterpartei in diesem Wahlkampf gespielt haben, ist mehr als kläglich. Sie beweist wieder einmal, wie jede organisatorische Trennung von der Partei zwangsläufig zu schärfsten politischen und persönlichen Gegensätzen führt. Was sich der Ministerpräsident und noch mehr der Schatzkanzler innerhalb weniger Wochen an demagogischer Bekämpfung ihrer langjährigen Parteifreunde und Verleugnung ihrer früheren Ideale geleistet haben, übertrifft freilich die schlimmsten Erwartungen. Dabei sind sie durch die konservative Schutzzollpolitik in fast noch größere Verlegenheit verwickelt worden als die Liberalen. Am fatalsten war ihnen die Ankündigung ihres konservativen Kabinettkollegen Neville Chamberlain, daß, falls die nationale Regierung die Mehrheit bei den Wahlen bekäme, sie sich für besetzt und verpflichtet halten würde, den Kurs des Schutzzolles zu steuern. Snowden hat das sofort bestritten, wodurch die Uneinigkeit innerhalb dieser famosen „nationalen Einheitsfront“ ins rechte Licht gerückt worden ist. Das ändert aber nichts daran, daß die Konservativen zweifellos die Ankündigung Neville Chamberlains wahr machen würden, ohne sich um den Widerspruch Macdonalds und seiner Freunde zu kümmern. Sie haben Macdonald für ihre Parteiziele ausgenutzt, haben ihm in den ersten Tagen der gemeinsamen Regierung überaus reichliches Lob gesendet und seiner Einzelteilnahme geschmeichelt. Um so ungemeiner bereiten sie sich jetzt vor, ihm den Fiskus zu verzeihen. Mit besonderer Spannung wartet man in England auf das Ergebnis in Seaham Harbour, wo Macdonald, von der Arbeiterpartei ausgeschlossen, mit konser-

Waffenstand

Kaliber	27.10	26.10	27.10	26.10	
Reife (Stadt)	4.65	2.26	Kaliber (Unter-Wege)	2.94	2.94
Reife (Stadt)	0.30	0.39	Dahmerth	2.19	2.11
Krieg (Militär)	2.10	1.98	Abholmenge (Stundlich)	144	135
Krieg (Militär)	2.63	2.65	Waffenstand vom 26. 10.	124	
Truppen	1.32	1.12	Waffenstände + 6		

Kommen Sie bald zu uns!
Wir haben diesmal ganze Berge
außergewöhnlich vorteilhafte
**Fabrik- u. Lagerreste
und Abschnitte etc.**
bereitgestellt. Sie werden wieder zu
wirklichen Spottpreisen
die schönsten Reste kaufen können.

Mittwoch - Donnerstag

RESTE

Sämtliche Reste Kleiderstoffen
v. guten u. besten
größtenteils 100 cm breit, wie Popeline,
Rips, Natté, Crêpe Caïd usw. Ferner
gestreifte und karierte sowie glatte Schotten-
stoffe, darunter hochwertige, reinwollene
Qualität, in verschiedener Länge, haupt-
sächlich für Kinderkleider, Büsen, Haupt-
Ergänzung von Kleidungsstücken, zum
Einfärben usw. geeignet
**ca. 40-50% unter dem
regulären Wert!**
Verkauf im Parterre

Gardinen-, Leinen- u. Kleiderstoff-Reste

Reste von:

Hemdentücher
klein, zur Anfertigung von
Kinderwäsche u. z. Aus-
waschen geeignet, zum Aus-
suchen . . . Stück 10 **5 Pl.**

Wäschestoffen aus
prachtv. Renforcé, Lincen,
Mako, Madapolame, 1-2
Mtr. lg. i. Rest. Mtr. 26 Pl., 2-6
Mtr. lg. i. Rest. Mtr. 68, 58 **38 Pl.**

Bettlinon
130 cm breit, in vor-
züglicher Qualität, in
Längen von 4-4,20 Mtr.
im Rest. . . Meter 82 **68 Pl.**

Inletts federdicke be-
wäh. Körperqual.,
Deckbettbr. im Rest Mtr.
1,65, Kissenbr. i. Rest Mtr.
95 Pl., desgl. für Unterbetten
100 cm br., i. Rest Meter **98 Pl.**

Züchenstoffen
in pa. schlesischer Qual.,
Deckbettbr. Mtr. 88 Pl.,
Kissenbr. im Rest Mtr. **49 Pl.**

Inletts
80 cm breit, in Längen
von 1,60 bis 6 Meter,
im Rest. . . . Meter **58 Pl.**

Reste von:

Bettlakenstoffen
Daulas . Meter 98 Pl.
Kraus, 130 cm breit,
im Rest . . . Meter 0,85
Lincen . . im Rest Meter **75 Pl.**

Inletts
in der garantiert echt-
roten u. federdicht. Qual.,
Deckbettbr. i. R. Mtr. 2,55
Kissenbreite i. Rest Mtr. **1.45**

Hemdenbarchent
in nur guten, mollenen
Strapazierqualitäten
im Rest Meter 58, 45 **32 Pl.**

Körperbarchent
80 cm breit, in guten,
gerauhten Qualitäten,
im Rest Meter 68 **49 Pl.**

Eidermolton
in weiß und creme, nur
gute Gebrauchsqualitäten
im Rest Meter 59 **45 Pl.**

Bettendamast
modern gemust., Deck-
bettbreite i. R. Mtr. 1,58
Kissenbreite i. Rest Mtr. **88 Pl.**

Reste von:

Gardinen
in verschied. Breiten, für
Querbehänge Scheiben-
gard. usw., mit kl. Webe-
fehl., St. 95, 75, 45, 25 **10 Pl.**

Gardinenmull
ca. 110/125 cm br., ver-
schied. gute Qual., weiß
sow. bunt geputzt od. ge-
müst., i. Rest Mtr. 90, 69 **38 Pl.**

Gardinen u. Kupons
bis 10 Mtr. lg., viele Must.,
70-125 cm breit, im Rest
m 95, 75, 58 Pl., 40-65 cm
breit, im Rest Mtr. 65, 58 **35 Pl.**

Gardinenvlügel
gewebt. Tüll sowie hell u.
dunkel Madras, verschied.
Breiten u. Längen, mit kl.
Fehl., St. 1.95, 1.25, 95 **50 Pl.**

**Gobelin- u. Fantasie-
Stoffen** i. verschied.
Größ. u. Quali-
täten . . . Rest 75, 55 **35 Pl.**

Einzel. Querbehänge
(Lambergins), aus
Madras sow. gut gewebt,
Tüll, St. 1.95, 1.45, 95, 50 **35 Pl.**

Reste von:

**Flammenrips u. Brokat-
stoff** i. herl. Streifen- u.
Jacquardmüst. für kleine
Vorhänge u. Sofakissen,
Querbeh. Rest 1.25, 95, 75 **45 Pl.**

Möb.- u. Küchenkattunen
im Rest Meter 65 **48 Pl.**
Kropp 80 cm breit, im Rest
Meter 1,10, 88 Pl. **75 Pl.**
Satin 80 cm breit, im Rest
Meter 95 **75 Pl.**

Möbeirips
ca. 130 cm br. Lg. b. 5 m
kräft. Ware, schöne Must.
i. Vorhänge, Möbelbezüge
im Rest Meter 1,50, 95 **88 Pl.**

Rouleaukörper
ca. 60x90 cm gr., m. Kurbel-
stück- z. Ansetz. a. Vorh.
u. i. Komod.- u. Nähtisch-
decken z. Ausschuchen St. **38 Pl.**

Kunstseiden
in teinen hellen Farben-
tönen 1 bis 3 Meter lang
im Rest Meter 95, 75 **58 Pl.**

Futter-Kunstseiden
130 cm breit, in verschied.
guten Farb. für Mäntel u.
Kostüme im Rest Meter **95 Pl.**

Reste von:

Bedr. Velouren
ganz gute Qualität, große
Reste 68, 58 Pl., kleine
Reste, im Rest Meter . . . **35 Pl.**

Pyjama-Flanellen
in verschiedener Qualität
im Rest Meter 58 **45 Pl.**

Hauskleiderstoffen
wollene, gewebte, gute
Qualität, im Rest Meter 85 **68 Pl.**

Sport-Oberhemdenstoffen
zum Ausbessern für kleine
Hemden, als Sporthemden
usw. geeignet, im Rest
Meter **38 Pl.**

Oberhemdstoffen
hell u. mittelgründig, bedr.
Perkal, i. Rest Met. 45 Pl.,
teintarb. Popeline i. R. 95 **78 Pl.**

Bedr. Waschsamt
hübsch gemustert, im
Rest Meter 1.45, 1.35 **1.10**

Reste von:

Manchester
Zwirnquait, grau, braun
und oliv, sowie marine-
blau, im Rest Meter . **1.68**

Schürzensatin
auch für Kissen, Vor-
hänge und Dekorationen
geeignet, groß im Rest
Meter 75 Pl., kleinere **62 Pl.**

Schürzenstoffen
in passend. Läng. f. Haus-
schürz, Wickelschürz, usw.
116 u. 112 cm br., schwer,
leinenart. u. blau, Mtr. 85 **75 Pl.**

Mantelstoffen
2 bis 3 1/2 Mtr. lg., 140 br.
i. russischgrün u. braun,
ganz schwere reinwoll.
Qual., im Rest Meter **2.95**

Toile
ganz wertvoll, K.-Seide
das schönste f. Kleider u.
Blus. fein. Farb., Rest Mtr. **95 Pl.**

Seidenstoffen
Veloutine, Crêpe de Chine, Satin,
Crêpe Marocaine usw.
zirka 40-60% unter Preis!

**Spottpillige
Gesichts- und Küchen-
Handtücher**
in guter Körper-, Dreil- u.
Gerstenkornqualität, zum
Aussuchen Stück 35, 25 **18 Pl.**

**Einzelne
ganz hochwertige
Gesichtshandtücher**
in Läng. bis 1,20 Mtr., in
tein. leinen. Gerstenkorn-
qual., z. Ausschuchen, Stück **59 Pl.**

**Kleines Restquantum
einzelne
Bettdecken**
bunt gewebt, aus Gobeline u. Fan-
tasiegewebe, mit u. ohne
Franse, mit klein. Fabrik-
fehl., Stück 6.50, 5.75 **3.95**

Wachstuch-Reste
auf gutem Barchentstrücken, in ver-
schiedenen Größen und Mustern,
je nach Größe **25 Pl.**

Es wird
alles
umge-
tauscht
oder
zurück-
ge-
nommen



Gekaufte
Waren
werden
bei
kleiner
Anzahl.
zurück-
gelegt!

**Damast-Tisch- und
Tafeltücher**
darunter ganz schwere Hausmacher-
Leinenqual., weiß, apart, waschechte
Kant., Gr. 130x130, 130x160 b. 3 m lg.
fast für die Hälfte des regul. Preises!

Einige hundert Päckchen,
enthaltend 3-4 Meter schmale
**Valenciennespitze od.
-Einsätze**
zum groß. Teil ganz feine
Qualität . . . Päckchen **10 Pl.**

im Lager und durch Dekoration leicht
angestaubte
Kleiderkragen usw.
in allen mögl. mod. Formen u. Aus-
führungen, zum Aus-
suchen! durchweg Stück 25, 15 **10 Pl.**

Hunderte angesammelte
Wäschestickerei-Reste
in nur guten und besten Qualitäten,
verschiedenart. Stickerei-
Ausführungen, im Rest
Meter 35, 25, 15 **10 Pl.**

Samilien-Anzeigen

Gesamtverband der Arbeitnehmer.

Sonntag, den 25. Oktober 1931, verstarb unser
wertes Mitglied, die Zeitungsträgerin

Anna Rosinski

im Alter von 47 Jahren. 4069

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung Breslau.

Beerdigung: Mittwoch, 28. Okt., nachm. 3 Uhr, von
d. Leichenb. d. Neuen Mauritian-Friedh., Lerchenberg

Deutscher Metallarbeiterverband Verwaltungsstelle Breslau.

Am Sonntag, den 25. Oktober, um 20 Uhr, ver-
starb unser Freund und Verbandskollege, der Schiesser

Georg Ulbrich

im Alter von 71 Jahren. 4072

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.

Beerdigung: Mittwoch, den 28. Oktober, nachm.
4 Uhr, auf dem Luther-Friedhof in Zimpel.

Genossen!

Fahrräder u. Ersatzteile kauft ihr am
billigst. Neumarkt 19
in **Fahrradhaus Sieg** (neb. Barasch)
Gegen Organisationsausweis 5% **Rabatt**

Ein treues Mutterherz hat aufgehört zu schlagen!
Am 25. Oktober, früh 5 1/2 Uhr, verschied nach kurzem, schwerem
Leiden meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter, Schwiegermutter,
Großmutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Anna Rosinski, geb. Grütznier

im 48. Lebensjahre.

In tiefstem Schmerz
Breslau, Tauentzienstraße 171, 27. Oktober 1931

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Otto Rosinski nebst Kindern.

Beerdigung: Mittwoch, 28. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle
des Neuen St. Mauritian-Friedhofes. 6473

4.80



4.80

Geld borgt auf
Pfänder
Leihhaus Grünstr. 9
3 Stockwerk von Hauptbahnhof

Kleider u. Hüte o. f. Trauer-
felle Teilzahl 1 Rm wöchentlich
Fuss, Beel (Gräbisch) Alexstr. 5

Die „Frauenwelt“ den Frauen
zum Lesen. Denken und Schauen!

„Frauenwelt“

eine Halbmonatsschrift für die Frau
des schaffend. Volkes Preis 35 Pf.
Zu bestellen bei all. Zeitungsträgern

Wiesner Bier

Ausschank im

Wiesner Löwen

ab Mittwoch, den 28. Oktober
Wiesner-Brauerei, Neumarkt 27

Bedbetten Inlett
15.-, 20.-, 25.- u. 35.- DM.
Kissen 5.-, 6.- u. 7.50 DM.
Leihhaus Delsnerstr. 121.

Gesellschaftshaus Silesia, Neudorfstr. 54
Heute **Ball** • Herren u. Damen
engagieren!



Volkswacht-Buchhandlung
Breslau, Neue Graupenstraße 5, Flurstraße 4

Der Wahre Jacob

Sozialdemokratisches Witzblatt.
Zu haben in den Volkswacht-
Buchhandlungen und bei den
Zeitungsträgern

Preis 30 Pf.

Ronzerthaus Ab heute 5.15, 7.10, 9 Uhr
Gloria-Palast Täglich 5.15, 5.15, 7.15, 9.10

Premiere des ersten
Sexual-Festfilms
**Feind
im Blut**
Ein Tonfilm
vom Intimen Leben
der Geschichte!
Halbe Eintrittspreise
zahlw. Erwerblose
sowie Krankenkassen-
Mitglieder

**Fritz Kortner
Anna Sten**
in
**Dimitri
Karamasoff**
„Der beste Tonfilm
in deutscher Sprache“
schreibt das Berliner Tageblatt

Lebensbilder
— erzählt von Willy Cohn —
Wilhelm Liebknecht
Mit 1 Bildnis 90 Pfennige
Volkswacht-Buchhandlung

Volkswacht-Buchhandlungen Breslau
Neue Graupenstraße 5 Flurstraße 4-6

**7 Herren-Mäntel
suchen ihren Preis!**
Dieselben stehen vom 27.-30. Oktober im Schaufenster bei
Eugen Jambunovaz, Tauentzienstr. 31.
Schätzen Sie von jedem Mantel den Preis und senden Sie bis zum 30. Oktober
das Ergebnis schriftlich an. Für die richtige Lösung sind 3 Preise ausgeschrieben.
1. Preis: **Ein Herren-Winter-Mantel**
2. Preis: **Ein Herren-Anzug**
3. Preis: **Eine Hose**
Beim Eingang mehrerer richtiger Lösungen entscheidet das Los der einzelnen Preisträger.
Das Ergebnis der Preisfrage wird im gleichen Schaufenster am 3. November 1931 bekanntgegeben.
Spezialhaus für Herren- und Knaben-Bekleidung
Eugen Hamburger nur Teich-
straße 31.



LÖBE

**spricht Donnerstag, 19.30 Uhr
im großen Saale
des Gewerkschaftshauses über:**

**Die letzten
politischen Ereignisse
in einer öffentlichen Versammlung**

Eintritt 40 Pfennige • Parteigenossen 20 Pfennige • Erwerbslose freil!

„Vorwärts“ berichtet

Generalversammlung des Konsum- und Sparvereins „Vorwärts“

Am Sonntag, dem 25. Oktober, fand die Generalversammlung des Konsumvereins „Vorwärts“ statt, in der der Geschäftsbericht für das abgelaufene Geschäftsjahr entgegengenommen wurde. Aus den Ausführungen der Geschäftsführer B a i e r wurde zu entnehmen, daß sich die überaus große Erwerbslosigkeit, die damit in Verbindung stehende gesunkene Kaufkraft und die allgemeine Wirtschaftskrise auch in der Genossenschaft bemerkbar gemacht hat. Die Mitgliederbewegung zeigt trotz der Krise eine Zunahme und ist der Mitgliederbestand auf 16 761 gestiegen. Die Umsätze weisen zwar einen Rückgang auf, der aber mit 1 Prozent durchaus im Rahmen der allgemeinen Entwicklung liegt. Insgesamt ist ein Umsatz von 5 921 000 Mark erzielt worden.

Im Kaufhaus ist die Käuferzahl gegenüber dem Vorjahre um 800 höher geworden und ist hier ein Durchschnittsatz pro Käufer von annähernd 30 Mark zu verzeichnen. Berücksichtigt man, daß fast die Hälfte der Mitglieder der geringen Unterstützung der Erwerbslosen- und Wohlfahrtsfürsorge unterliegt, muß die Entwicklung als zufriedenstellend angesehen werden.

In der Bäckerei wurde ein Umsatz von 1 150 000 Mark erzielt.

Zufriedenstellend ist die Versorgung der Mitglieder mit Brotfrucht. Insgesamt ist ein Durchschnittsumsatz pro Käufer von 433,57 Mark erzielt worden. Die Auswirkung der Krise macht sich hier infolgedessen bemerkbar, als pro Käufer im Durchschnitt ein Minderumsatz von 27 Mark zu verzeichnen ist. Die Bilanz schließt in Aktiva und Passiva mit rund 3 733 000 Mark.

Die darauffolgende Diskussion war überaus reger. Allgemein wurde den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung getragen. Insbesondere wurde von einem Vertreter hervorgehoben, daß es geradezu als böswillig angesehen werden würde, wenn man von der Genossenschaft höhere Leistungen verlangt, während allgemeiner Kapitalmangel und Umsatzminderung alle und leistungsfähige Unternehmungen zum Erliegen bringt.

Die von sämtlichen Rednern geübte sachliche Aussprache führte zu dem Beschluß, den Mitgliedern in diesem Jahre eine Rückvergütung von 3 Prozent zu gewähren. Einmütig war man der Ansicht, daß die verringerte Rückvergütung in vielen Haushaltungen schmerzhaft fühlbar sein wird, jedoch gab es keinen einzigen Vertreter, der nicht den weiteren Auf- und Ausbau der Genossenschaft gewünscht hätte.

Das Prinzip der Selbsthilfe wird dazu führen, daß die durch die Wirtschaftskrise hervorgerufenen Schwierigkeiten überwunden werden. In den nächsten Tagen finden für sämtliche Verteilungsstellen Versammlungen statt, in denen die Mitglieder eingehend unterrichtet werden sollen. Nach dem Besuch der Generalversammlung zu urteilen, kann damit gerechnet werden, daß auch die Mitgliederversammlungen überall einen guten Verlauf aufweisen werden.

Im Anschluß an die Aussprache wurde die Bilanz genehmigt und dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt. Es wurden dann noch die Ergänzungswahlen zum Aufsichtsrat vorgenommen und wurden die Genossin Müllig und Genosse Hoffmann einstimmig wiedergewählt und die Genossen Amplewih, Behnke und Müller neu in den Aufsichtsrat gewählt.

Mit dem Appell, den kommenden Mitgliederversammlungen zu einem guten Besuch zu verhelfen, schloß der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Genosse T o d u s, die Versammlung.

noch mit den Händen am Aufstieg festhalten. Dadurch schleiften die Beine auf dem Straßenpflaster und als das Vorderrad die Kuppe erfasste und zermalmt, mußte der Unglückliche loslassen, so daß ihm das Rad auch über das rechte Bein und den Unterleib ging und ihn völlig zermalmt. K. war auf der Stelle tot.

Kämmerer Matthes gestorben

Am 24. Oktober ist der frühere Breslauer Stadtkämmerer Hans Matthes im Alter von 71 Jahren in Quedlinburg gestorben. Er war am 21. Oktober 1860 in Berlin als Sohn eines Kanzleirates geboren. Nach Breslau kam er am 29. September 1904, nachdem er vorher Erster Bürgermeister in Stolp in Pommern gewesen war. Oberbürgermeister Bender hatte

in ihm einen tüchtigen Kämmerer, der in harten Kämpfen der damaligen Dreiklassenmehrheit des Bürgertums die Mittel zu einer fortschrittlichen Gemeindepolitik abringen mußte. In den Revolutionstagen sah man ihn dann auch ganz vergnügt im Gewerkschaftshause sitzen. Den schweren Problemen der Nachkriegszeit zeigte er sich jedoch nicht mehr gewachsen. Matthes war ihm immer Mark gewesen, und so rechnete er immer noch in Mark, als die Inflationsheine auf Billionen lauteten. Mit der sozialdemokratischen Mehrheit geriet er deshalb in schwere Konflikte. In Städten, wo man die Situation beherrschte, ist auch in der Inflationszeit noch allerlei für den Aufbau der Gemeinwirtschaft geschehen, in Breslau forderte Matthes, daß der Bau des Wasserkraftwerkes wegen Mangel an Markstücken eingestellt werde. Bei der sozialdemokratischen Mehrheit konnte er seinen Willen aber zum Glück nicht durchsetzen. Doch in jeder Hinsicht war er zum Bremsklotz der Verwaltung geworden, kein Wunder, daß ihn die Deutschnationalen beim Ausscheiden von Dr. Trentin zum Bürgermeister machen wollten. Dabei hatte er wieder das Pech, nicht gewählt zu werden. Vergrämt und verbittert schied er am 31. März 1926 aus seinem Amte. Der Umstand, daß er seine Pension nach Quedlinburg verziehen ging, bewies nur, wie wenig er sich noch mit der Stadt Breslau verwaschen fühlte.

Raubüberfall auf ein Lehernädchen

Mit Pfeffer gegen das Opfer — Flucht in den Schweidnitzer Keller

Im Grundtuid Karlstraße 10 wurde gestern mittag das in einer Kurzwaren-Großhandlung tätige 15jährige Lehernädchen Magdalene N. von einem Manne überfallen. Dieser warf dem Mädchen eine Handvoll gestohlenen Pfeifers ins Gesicht und raubte ihm die Aktentasche, in der sich 150 Mark Bargeld, sowie ein Scheck über 100 Mark befanden.

Das Mädchen hatte von seinem Arbeitgeber den Auftrag erhalten, den Betrag auf dem Postkontokonto abzuheben. Als es zurückkehrte und das Haus betrat, in dem die Firma ihre Geschäftsräume hat, trat ihm der Mann entgegen. Trotz des unerwarteten Angriffs konnte die Leberfallene um Hilfe rufen, so daß Straßenpassanten aufmerksam wurden und den mit der erbeuteten Aktentasche flüchtenden Räuber verfolgen konnten.

Die Jagd ging bis zum Ringe, wo es dem Räuber gelang, sich für Augenblicke den Augen seiner Verfolger zu entziehen. Ein junger Mann hatte ihn jedoch im Schweidnitzer Keller ver-

schwenden sehen und als er das Lokal betrat, entdeckte er ihn sogleich wieder. Der Erkrankte hatte bereits etwas bestellt und wollte den Verfolger überreden, die Beute mit ihm zu teilen. Dieses Angebot fand aber keine Gegenliebe und so suchte der Räuber erneut zu entkommen, wobei er durch den Ostausgang entfliehen wollte. Dort lief er aber einem Schutzpolizeibeamten in die Hände, den ein anderer Verfolger inzwischen herbeigerufen hatte. Der Räuber wurde festgenommen und zunächst nach der Ringwache gebracht. Die Aktentasche mit dem Inhalt und ein Beutel mit Pfeffer wurden ihm abgenommen. Er wurde als der 26jährige erwerbslose Arbeiter Walter Sch. festgestellt und gab an, früher selbständiger Installateur gewesen zu sein. Er habe auch nicht die Absicht gehabt, den Raub auszuführen, sondern sei erst durch den Mangel des Geldes verleitet worden, das er zu sehen bekam, als das Mädchen unterwegs die Aktentasche einmal öffnete. Daraufhin habe er das Mädchen verfolgt und habe sich den Pfeffer in einem Geschäft gekauft.

Wer hilft den Armen?

Der Abbau der Wohlfahrtsrichtsätze von den Sozialdemokraten verhindert

Als neulich im Hauptauschuß des Wohlfahrtsamtes ein weiterer Abbau der ohnedies niedrigen Richtsätze auf der Tagesordnung stand, ging der Spalter Kneiff nicht etwa in die Sitzung, um diesen reaktionären Streich abzuwenden zu helfen, sondern er beschäftigte sich lieber mit Parteipalmen und verkaufte die „Fadeln“, was 5 Pfennige pro Exemplar einbringt.

Als dann unsere tapfere Genossin Bittner den Spalter rausch zur Rede stellte, warum sein Freund Kneiff nicht in der verhängnisvollen Sitzung gewesen sei, entgegnete Kneiff: „Wir haben jetzt wichtigeres zu tun, als solche Sitzungen zu besuchen!“

Für unsere Kinder!

Die Geschichte von der Spitzmaus und der Zitternahe

In dem Bestreben, unsere Zeitung immer weiter auszubauen, haben wir uns entschlossen, auch eine Kinder-geschichte mit Bildern in täglichen Fortsetzungen zu veröffentlichen. Die Geschichte von der Spitzmaus und der Zitternahe ist der Titel. Wir sind überzeugt, daß die Kinder aller unserer Leser und Leserinnen von einem Tage zum andern kaum die Fortsetzung werden erwarten können. Und wenn die Eltern die Geschichte mitlesen, wird es auch nichts schaden. Da die Geschichte weitbewegend in ihrem ganzen Verlaufe sein wird, haben wir ihr auch einen Platz auf der Seite „Aus aller Welt“ zugeteilt, wo sie täglich zu finden sein wird. Und nun, ihr Kinder, lest die Geschichte und freut euch. Und allen Kindern müßt ihr es weiter erzählen, wie es der Spitzmaus und der Zitternahe ergangen ist.

Als aber die Genossin Bittner die beschlossene Herabsetzung der Richtsätze in der sozialdemokratischen Fraktion meldete, wurde sofort in der Stadtverordnetenversammlung ein Antrag gegen diese Herabsetzung der Richtsätze eingebracht.

Daraufhin hat der Spalter Fritz Pietich in der Stadtverordnetenversammlung eine drohrende Rede gegen unsere Genossen gehalten. Heuchelei und Unehrlichkeit sollten hinter dem Antrage der Sozialdemokraten stecken. Er war der Meinung, daß nur noch Anträge der KPD. und der SPW. etwas zu bedeuten haben. Und da die Stadtverordneten nach der Auffassung der Spaltein, Stope und Fritz Pietich sowieso nichts mehr zu sagen haben, lohnt es sich nicht, noch irgend etwas für die Armen zu tun. Vielmehr hat Kneiff recht gehabt, der lieber „Fadeln“ verkaufte, als in die Sitzung ging.

Und nun stellt sich heraus, daß die Arbeit der Sozialdemokraten trotz Spaltung und Spalter noch ihren Wert hat. Nach Annahme des sozialdemokratischen Antrages hat gestern der Magistrat erneut mit dem Regierungspräsidenten verhandelt. Der Regierungspräsident hat sich damit einverstanden erklärt, daß die Wohlfahrtsrichtsätze der allgemeinen Fürsorge nicht gekürzt werden.

Der Magistrat hat daraufhin den Kreisstellen heute mitgeteilt, daß die Verfügung auf Kürzung der Richtsätze aufgehoben ist.

Was sagt ihr nun dazu, ihr Kneiff, Kausch und Fritz Pietich? Wer heuchelt, und wer ist unehrlich?

Heuchlich wie unsere Stadtverordneten arbeiten auch unsere Genossen im Reichstag und Landtag. Und die Spalter treiben ein unehrliches Spiel, wenn sie unseren Genossen bei ihrer sachlichen Politik in den Rücken fallen, wie bisher nur die Kommunisten und die Nazis.

Von einem Anhänger zermalmt

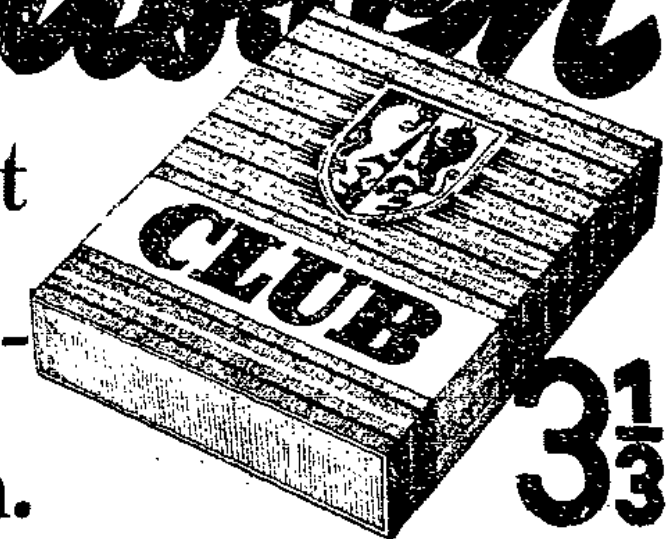
Tragischer Unfall des Sohnes einer Volkswachtträgerin

Gestern nachmittag kam in der Malapanestraße der fünfzehnjährige Steinzecherlehrling Alfred K o t h e r aus der Popelwitzstraße 27 auf entsetzliche Art ums Leben, als er auf einen mit Koks beladenen Anhänger eines fahrenden Lastkraftzuges des Schlachthofes aufsprang.

Der junge Mensch, ein Sohn unserer Zeitungsträgerin, Genossin K o t h e r, war seiner Mutter beim Austragen der „Volkswacht“ behilflich gewesen. Beim Nachhausegehen überholte ihn am Ende der Malapanestraße ein Lastauto des Schlachthofes und er als Mitfahrer auf dem Anhänger ein Befanmer saß, wollte er aufspringen und ein Stück mitfahren. Beim Aufspringen verlor er jedoch sein Ziel, stürzte herunter und konnte sich nur

Wollen Sie oder müssen

Sie sparen? Überflüssige Frage, denn: **CLUB** ist zwar eine sehr billige, aber ganz vorzügliche Zigarette; **CLUB** ist ja viel feiner als Sie vermuten.



3 1/3

Meißerlieb Barbé in Freiheit

Man brachte ihn vom Rheinland nach Breslau, um ihn von hier nach dem Elb nach abzuführen.

Vor einer Reihe von Jahren wurde der Meißerlieb, der Jahre alte Beschlagschmied Joseph Barbé, zu zwölf Jahren verurteilt. Die Verhandlung dauerte damals vier Tage lang. Er hatte mehrere hundert einfache und schwere Verbrechen begangen. In der Berufungsinstanz war die zwölfjährige Zuchthausstrafe um einige Jahre herabgesetzt worden. Durch die gute Führung im Zuchthaus wurden ihm jetzt einige Jahre weniger gegeben, so daß er vor wenigen Tagen das Zuchthaus verlassen konnte. Seine Zuchthausstrafe verbüßte er in einem Zuchthaus im Rheinland. Seine Entlassung erfolgte unter der Bedingung, daß er sofort zu verlassen habe. Er ist im Elb geboren und wollte nach dort auch zurückkehren. Bequemlicher Weise hatte aber die Zuchthausverwaltung nach Breslau zurückgekehrt. Er ließ er nun ohne Mittel und so wandte er sich um Rat an damals in seinem Prozess amtierenden Staatsanwalt, den er als Landgerichtsdirektor Schumacher. Dieser erteilte ihm den Rat, benachrichtigte auch die in Frage kommenden Behörden, so daß B. wohl jetzt mit Hilfe der Wohlfahrtsämter der verschiedenen Großstädte in seinen Heimatort gelangen dürfte.

Varieté der J.M.

Solidaritätsaktion im Gewerkschaftshaus

Die Bezirksleitung der Internationalen Arbeiter-Assoziation, die freigewerkschaftliche Organisation der Varietékünstler, hat sich wieder, eine Notstandsaktion für ihre engagierten Mitglieder in der Form von Varietéveranstaltungen im Gewerkschaftshaus durchzuführen. Daß ein solcher Appell an die Solidarität nicht vergeblich ist, zeigten die beiden am vergangenen Sonntag durchgeführten Veranstaltungen, die gut besucht waren. Es war auch kein schlechtes Programm, das Koll. Kammer recht humoristisch anfügte und durch heitere Vorträge den Vorlesungen ergänzte. Duzin modellierte Köpfe und präparierte ein ansehnliches Talent. Auch Herta Sommer und Ella Anita ernteten mit ihren formvollendeten Tanzleistungen reichlichen Applaus.

Eine Glanzleistung war der Kraftakt der The Wilsons. Die Kapitulation in so guter Form ist eine immer gern gesehene Varietédarbietung. Auch von der Equilibristik der The Browns läßt sich das Gleiche sagen. Daß Geschwindigkeit keine Gefahr ist, bewies Bolani mit seiner Illusionschau, in der aus Wasser alle gewöhnlichen Getränke fabrizierte, dabei aber recht wirkungsvolle Tricks ausreichte berücksichtigte. Schließlich seien noch Harry Heß, der Humorist und Tänzer, die drei Wolders mit ihrer guten Radnummer erwähnt.

Zu Beginn des musikalisch umrahmten Programms begrüßte Kollege Wille von der J.M. die Gäste und dankte für die Unterstützung, die er auch für weitere Veranstaltungen erbat, da er jeden Sonntag, an dem die Notstandsaktionen stattfinden, ein vollständig neues Programm zusammengestellt wird.

Die Seidenrauperei in Schlesien

Ein Wirtschaftszweig, der immer größere Bedeutung gewinnt. Nachdem während des Krieges durch den Mangel an Fasern der Seidenbau wieder aufgelebt war, änderte sich im Jahre 1926 in Schlesien der Verein Seidenrauperei, damit die Wünsche der Seidenbauer sachgemäß vertreten werden konnten. Die Zahl der Seidenbauer ist zwar noch beschränkt, aber wer sich einmal mit der Seidenrauperei beschäftigt und über die ersten mühsamen Jahre hinwegkam, wird mit seiden schönen Erfolge konstatieren, die ihm sogar in absehbarer Zeit materielle Vorteile bringen werden. Wie in einer Vermittlung der Seidenrauperei Schlesiens mitgeteilt wurde, ist jetzt die schwierigste Frage des Seidenbauers - U b s a h e s gelöst. Eine Seidenrauperei wurde gegründet, und nach dort hin können alle Seidenbauer ihre Kokons verkaufen, allerdings müßte nur bei Auszahlung eines Teiles des Kaufpreises, denn die Seidenrauperei muß sich aus eigenen Mitteln erhalten, und so würde diese Stelle die Sparkasse der Seidenbauer sein. Nach dem Referat des Geschäftsführers des Reichsbundes Deutscher Seidenbauer, Walter Berlin, sind die Ausschichten der Seidenrauperei in Deutschland durchaus günstige, da die Futterfrage die Schwierigste macht, auch weil die Raupen unser Klima vertragen. 10.000 Seidenbauer gibt es bereits in Deutschland, zu denen besonders auch die Angehörigen des Arbeiterstandes gehören, die ihre Freude an den erzielten Erfolgen haben und vielleicht auch bald materielle Vorteile haben dürften. Wie die Seidenrauperei auf ihre Zukunftsfähigkeit, zeigten die ausfallreichen Kokons, Erfolge, die die meisten Seidenbauer während der knappen Freizeit erzielten, doch beschäftigen sich auch Frau und Kinder gern mit diesen geräuhigen Raupen, die dann die Seide spinnen. Man hofft, in absehbarer Zeit den Bedarf an Seide doch wenigstens zum Teil durch Eigenproduktion zu decken, denn jetzt werden jährlich noch für 200 Millionen Mark Seide nach Deutschland eingeführt.

Sprechstunde der Arbeiterwohlfahrt

Die Sprechstunde der Arbeiterwohlfahrt für allgemeine Schlichtungsfragen muß besonderer Umstände halber verlegt werden. Sie findet von jetzt an nicht mehr von 11 bis 13 Uhr, sondern von 12 bis 14 Uhr statt.

Überhochzeit
Heute der Zimmerpolier Hermann Saueremann, und seine Frau Johanna, geb. Baumgart, Ofener Straße 114. S. ist ein so lange Gewerkschaftsmitglied und Leiter der „Volkswacht“. Wir gratulieren!

Überhochzeit
Heute der Genosse Paul Ritzsch, Gräblicher Straße 57 und seine Ehefrau. R. ist langjähriges Parteimitglied und Gewerkschaftsmitglied und langjähriger Leiter der „Volkswacht“. Wir gratulieren!

Breslauer Schwerhörigenverein.
Am 3. November, um 19 Uhr, Vereinsabend und am 7. November, um 19 Uhr, Stiftungsfest in der Taubstummenanstalt, Gartenstraße, Gartenhaus.

Wanderkurse
Gymnastische Kurse, 20 Uhr, in der Schule Fürstenstraße, in der Schule Poststraße und in der evangelischen Schule in Deutsch-Witzsch. Morgen beginnen die Kurse für Oberst in der Schule Poststraße, für die Jugend im Zwinger-Gymnasium, für Stabelführer der Heilstätte Herrnhut und für Hundstiel in der evangelischen Schule.

Wissen ist Macht! - Bildung macht frei!
Unter diesem Motto veranstaltet die „Freie Esperanto-Vereinigung Breslau“ am kommenden Dienstag, den 27. Oktober, um 20 Uhr, im Schulhaus Kanonenhof, Taschenstraße, einen Vortragsabend. Der Eintritt ist frei. Teilnehmergebühr einschließlich Abendessen 3,50 Mark. Erwerbslose 2 Mark. Anmeldungen werden am Kurstag entgegengenommen. Wie wichtig und notwendig die Erlernung der Welthilfssprache Esperanto gerade für die Klassenbewußten ist, haben wir wohl wieder einmal in diesem Jahre auf dem internationalen Kongress gezeigt. Siehe u. a. Sportlermarkt und Sozialistenkongress in Wien oder Kongress der freien Gewerkschaften in Frankfurt a. M. Zeigt, Genossinnen und Genossen, daß ihr bereit seid, euch auch über die noch bestehenden Landesgrenzen zu verständigen und lernt die Sprache Esperanto und ihr wird unter Auf- und Abstieg aller Länder vereint und die internationale Welthilfssprache Esperanto! nicht mehr ein Zukunftsgedanke sein, sondern bald langgeheute Wirklichkeit.

STADTTHEATER

Dienstag, 20 bis 23
Abonnement-Vorstellung A 5
Don Giovanni
Mittwoch, 20 bis nach 22.30
Abonnement-Vorstellung B 5
In Reinszenierung
Die lustige Witwe
Donnerstag, 20 bis nach 22.30

BOCCARIO
Täglich 20.15 - 22.15
Leutnant Komma

LOBETHATER
Täglich 20.15 bis 22.15
Thalia-Theater
Täglich 20.15 bis 22.15
Mina

Schauspielhaus
Täglich 8 1/2 Uhr
Breslauer Sensation
Im weißen Röhl

Die Darsteller tragen
Kleidung
Schweidnitzer Straße 9
Vorverkauf dauern
Tel. 36300 und 33560

Inserate erzielen in dieser
Zeitung größten Erfolg!

Wohnungen
Großes zweifamilienstriges
möbl. Zimmer
(auch als Logis) an 2 Herren
oder 2 Damen (eventl. Ehe-
paar) preiswert zu vermieten
Wolf, Raimstraße 14.

Berufe
Hobelbänke
gebraucht, verkauft Tscheschloek
Klosterstraße 80/82, II. Hof

Kleine Anzeigen
sind kompakt geteilt ein-
seitige Anzeigen von Verläufen,
Kaufgeschäften u. a. nur von
Privaten. Wort & Pflanzge
- seit 4 Pfennig

Klappbettstelle u. Auszieh-
tisch verkauft Vetter, Gärtner-
weg 5 am Lehndamm. 4956

MITTWOCH IST KINDERTAG



Es muß ja nicht gerade per
Auto sein - obwohl Sie an
unseren Preisen so viel spa-
ren, daß es sich beinahe lohnt.
Aber wie immer - auch
Sie sollten sich einmal davon
überzeugen, welche ganz
ungewöhnliche Kaufgelegen-
heit unser Kindertag bietet.
Sich und ihren Kindern zur
Freude können Sie kaum
etwas besseres tun, als die
Mahnung zu beherzigen:

GEHEN SIE ZU
C&A
BRENNINKMEYER
Breslau
Ohlauerstr. 10-11
Ecke Altbückerstr.
Nachdruck von Wort und Bild verboten!

Rundfunk von heute

Tägliche Funkvorschau für Arbeiterhörer

Von besonderer Wichtigkeit ist heute für den Arbeiterhörer der Vortrag von Diplom-Handelslehrer Walter Müller, der um 18.15 Uhr über „Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft“ sprechen wird und dessen Vortrag über die Kubrik „Schulfunk für Berufsschulen“ für uns alle von großem Interesse ist. In der „Stunde der werktätigen Frau“ unterhalten sich um 18.40 Uhr Maria Seher und Loite Pelt über die „Junge Angestellte und ihre freie Zeit“.

Am Abend um 20 Uhr hören wir aus Stuttgart die Reichsfunk „Schwabens“, die den Arbeiterhörer zu Vergleichen mit der in der Öffentlichkeit stark diskutierten Reichsfunk „Das ist Schlesien“ anregen möge.

Arbeiter-Sport

Wassersport
Freie Schwimmer. Heute Abend Ausgabe der Eintrittskarten zum Schwimmfest. - Vereinsreisen morgen 18 Uhr Antonienstraße 10.
Abteilung Süd. Donnerstag, 29. Oktober, 20 Uhr, Vorstandssitzung. Sonnabend, 31. Oktober, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im Jugendheim Seidlichstraße. Genosse Reim spricht.
Freie Kanuvereinigung Breslau. Das Bootshaus ist bis auf weiteres gesperrt. Schlüssel bei Genossen Koch, Schönstraße 7, oder Stanke, Ofener Straße 19. Sonntag, 8 Uhr, Arbeitsdienst im Bootshaus. Dienstag, 3. November, Vorstandssitzung im Kanonenhof.
Touristenverein „Die Naturfreunde“
Jugendgruppe Dienstag, 19 1/2 Uhr, Benderschule, Sprechstunde. Mittwoch, 20 Uhr, Benderschule, Heimabend.
Arbeiter-Kulturvereine
Freie Reichen. Dienstag, 20 Uhr, Gewerbeschule, Gartenstraße, Vortrag.
Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerverein Breslau
31. Oktober: Stiftungsfest im Gewerkschaftshaus. Abteilung Scheitnik. 27. Oktober: Abteilungsabend bei Wolff, Hedwigstr. 13. Abteilung Kolenitz. 30. Oktober: Abteilungsabend bei Dwieklo, Trachenberger Straße. Jugendabteilung. 26. Oktober, 20 Uhr: Generalversammlung im Heim West, Friedrich-Wilhelm-Str. 45. Heim Nord. 27. Oktober, 20 bis 22 Uhr: Wiederabend in der Volkshilfschule, Michaelisstraße 78/80. Motorradfahrervereinigung. 30. Oktober 20 bis 21 Uhr: Jahlabend im Vereinslokal. In der Woche, wo der Abteilungsabend stattfindet, ist kein Jahlabend.

**Ämtlicher Wetterbericht
des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krietern**
(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)
Während im Osten und Süden unseres Bezirkes noch einzelne Niederschläge (auch im Flachlande meist Schneefälle) auftreten, ist in den übrigen Teilen zeitweise bereits härtere Witterung durch. Infolgedessen treten verbreitete Nachfröste ein. Wir verbleiben im Bereiche abkühlender Kaltluftmassen und haben zunächst mit vorübergehender, auch tagsüber verhältnismäßig kaltem Wetter zu rechnen.
Aussichten für das schlesische Flachland und Mittelgebirge:
Bei abflauenden Winden aufheiterndes, kaltes Wetter, verbreitet Nachfrö. Aussichten für das schlesische Hochgebirge:
Abnehmender Nebel, wachsend bewölkt, anhaltender Frost.
Sonnenaufgang: 6.45 Uhr; Sonnenuntergang: 16.42 Uhr.

Aus der Umgebung

Eintrittsgeld für die ewige Seligkeit

Daß die Kirche in ihren Ansprüchen an das irdische Gut der Allgemeinheit nicht gerade bescheiden ist, dürfte allgemein bekannt sein und keiner besonderen Erwähnung bedürfen. Neuartig aber ist es doch wohl, wenn, wie es am Sonntag in Brodau geschah, anlässlich einer Trauung, die wegen des jugendlichen Alters der Braut viele Neugierige anlockte, regelrecht ein Eintrittsgeld von 20 Pf. erhoben wurde. Kommentar erübrigt sich.

Kattern-Tschelnitz steht zur Sozialdemokratie. Am Sonnabend sprach hier in einer Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Partei Genosse Schiffer über die Spaltung und die Wirtschaftskrise. Seinem Referat folgte eine angelegte Diskussion, nach der einstimmig eine Entschliebung angenommen wurde, daß die Genossen in Kattern-Tschelnitz treu zur Sozialdemokratie stehen. Nach einigen Erörterungen zu verschiedenen, dem gemeinsamen Schlußwort „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ und einem dreifachen Hoch auf die Partei, wurde die gut verlaufene Veranstaltung geschlossen.

Kanfern. Die Gemeindevertretung behandelte in ihrer letzten Sitzung zuerst die Sportplatzfrage. Da die Gemeinde kein entsprechendes Gelände zur Verfügung hat, soll die Stadt Breslau erachtet werden, den Grund zur Verfügung zu stellen. Der neu gegründete Fußballverein eruchte um ein Darlehen von 50 Mark für Anschaffung von Sportkleidung. Die Bürgerlichen, insbesondere der Fuhrunternehmer Hoffmann, hatten natürlich kein Interesse hieran; es handelt sich ja um arbeitslose Arbeiter. Mit sieben gegen zwei Stimmen wurde dem Ersuchen stattgegeben. Unter verschiedenen wurde bemängelt, daß die Pflege des Platzes am Kriegerdenkmal, die der Verschönerungsverein Breslau gegen Entschädigung übernommen hatte, sehr zu wünschen übrig läßt.

Kottwitz. In der Gemeindevertretung wurde die Jahresrechnung 1930/31, die mit 45.531,61 Mark in Einnahme und 39.790,65 Mark in Ausgabe abschließt, zur Kenntnis gebracht und genehmigt. Auf die Gehahrung für 1931/32 wurden 5445,96 Mark vorgetragen. - Die Bürgersteuer wurde einstimmig abgelehnt und Stundung der Hundesteuer ebenso einstimmig bewilligt. - Unter „Verschiedenem“ wurde die Bepflanzung des sogenannten Jugenddamms mit Kirschbäumen beschloffen, da die Regierung eine Beihilfe von 1,10 Mark für jeden Baum zugekagt hatte.

Sozialdemokratische Partei
Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170-174
Telephon 30064, 50061
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-13 u. 16-18 Uhr
Kanferndorf. Donnerstag, den 29. Oktober, 20 Uhr, öffentliche Versammlung. Redner: Genosse Schiffer.
Herrmannsdorf. Filmveranstaltung. Donnerstag, den 29. Oktober, 20 Uhr, läuft hier im Gasthaus Gusde der große Rußlandfilm „Im Kampf um die Erde“. Der Eintrittspreis ist niedrig gehalten, so daß jeder Einwohner von Herrmannsdorf die Möglichkeit hat, dieses bedeutende Werk russischer Filmkunst zu sehen. Anschließend läuft um 5 Uhr nachmittags ein Kinderfilm. Der Eintritt beträgt je Kind 10 Pf.

„Gott hat es gewollt“, daß der Lehrling Beier im Kuhstall erschossen wurde

1. Tag im Günther-Prozess

Rund achtzig Schrotkörner haben den Rücken, den Hinterkopf und den linken Arm des getöteten Beier getroffen, so schilbert Sanitätsrat Dr. Stadthagen den Befund von der Leiche des erschossenen Lehrlings Beier. Er ist noch hinzu, daß die sichtbaren Stechspuren einen waggerichten Verlauf nahmen. Zu dieser belastenden Aussage des Sachverständigen kommt noch die unumstößliche Aussage der Arbeiterin Ernst, die den Angeklagten sah, als er das Gewehr zum zweiten Schuß entlegte und

auf den fliehenden Beier zielte.

Ihr wurden verschiedene Vorhaltungen gemacht und einer der Richter hielt das Gewehr in verschiedenen Stellungen, aber die Arbeiterin Ernst nahm sowohl beim Lokaltermin, der gestern in Groß-Jänowitz stattfand, als auch abends im Gerichtssaal das Gewehr selbst in die Hand und zeigte, wenn auch unbeholfen, wie Günther angelegt hatte. Dafür geht es ihr und ihrem Manne, die beide noch auf dem Gute tätig sind, jetzt auch besonders schlecht, denn, so meint die Frau Rittergutsbesitzer Günther, „diese beiden sind nur schuld daran, daß mein armer Sohn sitzen muß.“ Frau Ernst berichtet: „Wir können es kaum noch aushalten vor Schikanen und Geld bekommen wir auch fast keins.“

Die Sachverständigen bezeichnen den Angeklagten als „Herrenmenschen“ und leicht erregbar. Was man darunter zu verstehen hat, wissen wir. Man braucht sich nur den Hofverwalter Brechmer anzuschauen, dem man anmerkt, daß er vieles von den Vorgängen am 30. Juni weiß, denn er ist der einzige, der von Anbeginn des Streites zugegen war, aber er sagt nichts aus, wahrscheinlich, weil er die Rache des Gewaltigen fürchtet.

An Hattwig und seiner Ehefrau läßt Günther kein gutes Haar. Beier hingegen sei sehr fleißig gewesen, aber „in schlechte Gesellschaft geraten“. Günther hat natürlich keinen Anlaß zu Auseinandersetzungen gegeben, er nennt das „nur die Wahrheit sagen“. Seine Ausführungen im Gerichtssaal macht Günther übrigens so leise und unverständlich, daß die vielen Vorbewohner, die doch seine sonst brüllende Stimme nur zu gut kennen, über den jetzt so unschuldigen und zahmen Günther staunen. Günther hat es überhaupt verstanden, sich geradezu glänzend auf seine Verteidigung vorzubereiten. Bei dem

Lokaltermin im Kuhstall

zeigt er jetzt, im Gegensatz zu früheren Aussagen, wie der Schreck und „nicht gewollte“ zweite Schuß losgegangen ist. Er demonstriert so geschickt, daß man ihm beinahe glauben müßte, wenn nicht drei Zeugen, die Eheleute Hattwig und die Arbeiterin

Ernst, ihm gegenüberstehen würden. Sogar für die Erklärung der Schußrichtungen wurden inzwischen „harmlose“ Erklärungen gefunden. Hattwig jedoch demonstriert den eigentlichen Sachverhalt, den zwei weitere Zeuginnen bekräftigen.

Aus der Vernehmung des Angeklagten ist zu entnehmen, daß er nur ein schwacher Schütze war (und trotzdem Akademiker?). Auftritte mit seinem Personal gab es täglich, und weil er nie die Grenze fand, die ein Chef zu halten hat, den Leuten nicht nur übelste Redensarten und Prügel andot, ihnen ihr verdientes Geld nicht auszahlt, ließen auch sie sich gehen. Jetzt beschwert er sich vor Gericht darüber, daß er mit „Gel, Lump, Schuft und Feigling“ bezeichnet worden sei.

Ein besonderes Kapitel ist seine Einstellung zur heutigen Zeit. Er und die Seinen fühlten sich

„völlig entrechtet“,

wie er in einem Briefe an die Tante schreibt. Er sähe nur in Unterdrückung, weil die roten Gewerkschaften es so wünschten. Im übrigen aber habe er gefunden, daß man „irgends so gut und sorgenfrei leben könne, wie im Kitzing“. — Na also, dann unsere besten Wünsche. — Das Essen sei gut und reichlich, dabei gehe alles so geordnet, nur die Arbeit vermisse er. (?) Die Anstalt in Kitzing wird nach seiner Ansicht vorbildlich geleitet, dagegen seien das Gericht und die Presse völlig verlogen. (Was sagt Herr Direktor Scholz dazu?) Besonders schlecht ist er auf den Untersuchungsrichter zu sprechen und sein Verteidiger, Dr. Lomnitz, hätte alle Richter schon längst eingesperrt, wenn er die Macht dazu hätte. So wirklich niedergeschrieben vom Chef einer Gutverwaltung.

Der „Herrenmensch“ Günther macht sonst in Rührung. An die Eltern des erschossenen Beier schickte er einen Brief aus dem Gefängnis, nicht etwa, um sie um Vergebung zu bitten, sondern um ihnen „Wahrheitsgetreu“ zu berichten und sie zu trösten. Es mußte so kommen,

weil Gott es so wollte.

Beiers Vater solle ihn doch in der Untersuchungshaft besuchen kommen.

Nur sechs Zeugen wurden gestern vernommen. Außerdem kamen die medizinischen Sachverständigen zu Wort. Zwei sprechen von der Möglichkeit, daß die Kasse durch einen Schemelmurk verlegt worden sei und Medizinalrat Dr. Boege sprach auch von der Möglichkeit (!) einer Bemühtseinstörung, gar aber selbst zu, daß das zielbewusste Anlegen zum zweiten Schuß dagegen spreche. Ebenso komme auch keine Affekthandlung in Frage, da Günther selbst stets behauptet, er sei nicht erregt gewesen.

Der Bezirksvorstand der SPD. Mittelschlesiens ruft für Sonntag, den 1. November 1931, nach dem Gewerkschaftshaus Breslau, Margaretenstraße 17,

Frauenkonferenz

ein. Beginn der Tagung vormittags 10 Uhr im Kleinen Saal des Gewerkschaftshauses. Tagesordnung: 1. Bericht der Unterbezirke über die Frauenarbeit. 2. Besprechung darüber. 3. Wahlen. 4. Politisches Referat von Genossin Ansoerge, M. d. R.

Ortsvereine, die bis 200 weibliche Mitglieder haben, senden eine Delegierte. Eine zweite können die Ortsvereine schicken, die bis 500 weibliche Mitglieder aufzuweisen haben. Bezirks-Frauen-Agitationsauschuß und Abgeordnete des Provinzialtages des Landtages und des Provinziallandtages nehmen an der beschließenden Stimme an der Tagung teil. Die Kosten der Delegation tragen die Ortsvereine.

Dreiwitz spricht

Trotz dem: Chaos in der Wirtschaftspartei

Das Conti-Nachrichtenbüro meldet: Die Wirtschaftspartei des Wahlkreises Liegnitz hatte zum Sonntag ihre Gruppenversammlungen zu einer Tagung nach Koblitz eingeladen. Die Wahlkreisvorstände stellten sich nach langer Debatte mit großer Mehrheit hinter die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei.

Der Wahlkreisvorstand, Kaufmann Land-Liegnitz, zu der Sitzung nicht erschienen. Die Orts- und Kreisvereine Bödenberg hat, wie bekannt, beschlossen, sich anzuschließen. Die Mitglieder soll empfohlen werden, sich einer der entschiedenen Parteien anzuschließen.

Waffenfunde bei Petershain

In der Umgebung von Petershain bei Niesky wurden bei erneutem Suchen nach etwa verborgenen Gewehrpatronen zwei Munitionslager und ein weiteres Waffenlager gefunden. Die Kriminalbeamten fanden in den Abhängen des Leichbammes, der die Wälder der bergigen Gegend des Sprengstoffwerkes verhafteten Familie Barthel, zwei große Misthaufen mit Infanteriemunition, ein Zentenal. tief eingegraben vor. In dem unweit von Petershain gelegenen Wald war eine Riste eingegraben, in der man Infanteriegewehre, Karabiner und Jagdgewehre vorfand. Vermutlich rühren die gefundenen Jagdgewehre aus dem diesem Jahre in Petershain verübten Schloßbrand her.

Zur Ärztekammerwahl

Eine politische Betrachtung

Von Dr. Korn-Steine

Sehr mit Unrecht wurden bis jetzt die Ärztekammerwahlen als eine Angelegenheit betrachtet, die nur die ärztlichen Kreise interessiert. Dieser Irrtum liegt in der Unkenntnis des großen Publikums über die Aufgaben der Ärztekammer begründet. Die Ärztekammern sind ein Faktor, die an der sozialen Gesetzgebung und damit an dem Wohl und Wehe des Volkes in vielen Fällen erheblichen Anteil haben. Auch auf die medizinische Gesetzgebung, auf das Sexualstrafrecht, auf die Krebsbekämpfung usw. hat die Arbeit der Ärztekammern beständig einen Einfluß. Es kann deshalb weiten Bevölkerungskreisen nicht gleichgültig sein, wie die Ärztekammern zusammengesetzt sind. Besonders die kommenden Ärztekammern werden mit darüber zu bestimmen haben, ob der § 218 in seiner heutigen volksschädigenden und mittelalterlichen Form aufrecht erhalten bleibt oder nicht, ob unser Sexualstrafrecht modern oder mittelalterlich gestaltet sein wird.

Wir müssen uns schon deshalb mit unserem Aufruf zur Ärztekammerwahl an die Tagespresse wenden, weil gerade uns Ärzten, die wir auf dem Boden des Sozialismus und des republikanischen, demokratischen Fortschrittes stehen, in unserer Landespresse kein Raum gewährt wird, und wir nicht die Mittel besitzen, uns im Inland einen entsprechenden Raum zu mieten. Darüber hinaus hat die Öffentlichkeit ein Recht, zu kontrollieren, wie sich die Ärztekammer zu den brennenden Problemen der Gesundheitspolitik und damit zu wichtigsten Lebensfragen des arbeitenden Volkes stellt. Welche große politische Bedeutung von maßgebenden Seiten der Ärztekammerwahl zugemessen wird, ergibt sich am besten daraus, daß die Nationalsozialisten für diese Wahl eine eigene Liste aufgestellt haben. (Liste Nr. 2 Dr. Peischke, (!) Neumarzt).

Die Nationalsozialisten haben zuerst durch die Presse und durch ihre Flugblätter eine rege Propaganda in der Öffentlichkeit entfaltet, die uns zur Gegenwehr zwingt. — Sie haben damit die Politisierung der Ärztekammer notwendig bedingt. An und für sich ist es auch selbstverständlich, daß ein derartig wichtiges Organ wie die Ärztekammer nicht unpolitisch sein kann. Alle Parlamente — und auch die Ärztekammer ist ein Parlament — sind nach politischen Gesichtspunkten oder Parteien orientiert. Das mag bedauerlich erscheinen, ist aber nicht zu ändern. Auch die bisherige Ärztekammer war in ihrer Zusammenfassung absolut politisch orientiert; natürlich politisch rechts! — Wenn man das zu verwechseln versucht, und auch für die kommende Wahl verwechseln will, so nur darum, weil man die große Masse der politisch indifferenten Ärzte in ein rechtsradikales Fahrwasser hineinmanövrieren will, ohne daß sie es merken. Man will sich ein paar fremde Pferde aus der Mitte vor den rechtsradikalen und rückschrittlichen Wagen spannen. — Es ist zu befürchten, daß sehr viele politisch uninteressierte Ärzte aus dem demokratischen Lager darauf hereinfallen.

Diese Hoffnung zahlreicher antidemokratischer und antirepublikanischer eingetretener Ärzte spiegelt sich deutlich auf der sogenannten „Einheitsliste“ (Nr. 1) wieder. Eine Einheitsfront von Hitler über das Zentrum bis zum linken Flügel der Sozialdemokratie; wer laßt da nicht? In Wirklichkeit sind 45 Prozent der Kandidaten der Einheitsliste politisch rechts stehend, Gegner des Staates, der Demokratie, und Gegner jedes sozialen Fortschrittes auch auf gesundheitspolitischem Gebiet. Wenn diese Liste ein Wahlerfolg wird, so verlegt sie zusammen mit den Nationalsozialisten über die absolute Mehrheit. Und das ist wohl der Zweck dieser Einheitsliste. Die demokratischen Kandidaten sind auf dieser Liste, die dazu dienen sollen, sie dem liberalen und jüdischen Teil der Ärzteschaft inmachhaft zu machen, werden dann bedingungslos majorisiert werden und die Aufgaben ihrer Wähler, die keinesfalls rückschrittlich orientiert sind, nicht verrichten können. Es gibt in der heutigen Zeit kein Kompromiß zwischen den Feinden und den Freunden der demokratischen Republik. Das werden auch die, zum Teil von uns persönlich hoch verehrten Kandidaten der Einheitsliste tun, die vielleicht heute noch annehmen, unter diesen Auspizien liberale Ansichten vertreten zu können. Der Kampf zwischen Fortschritt und Rückschritt auch in der Ärztekammer kann sich nur in klaren Fronten abspielen.

Der wirksamste Wahlhelfer der Einheitsliste ist die nationalsozialistische Liste. Beide Listen werden sich aufs glücklichste ergänzen. Denn die Mitglieder des „christlichen Ärztevereins“, die auf der Einheitsliste dominieren und die Mitglieder des christlichen Ärztevereins, die gleichfalls auf der nationalsozialistischen Liste vorherrschen, werden natürlich zusammenhalten

wie Blei und Schwefel. Das ist ihr gutes Recht, denn sie glauben sich durch die Bande des reinen Arierturns unlöslich verbunden. Das ist ein klares und ehrliches Bekenntnis, das durch keinerlei Launwasser verwässert wird. Es ist aber genau so unklar und unklar, diejenigen Kollegen, die dem reinen Arierturn etwas skeptisch gegenüberstehen, auf diese enge Verbindung zwischen Liste 1 und der Nazi-Liste 2 aufmerksam zu machen.

Das Programm der nationalsozialistischen Ärztekammerliste ist im übrigen das Programm der Nationalsozialistischen Partei, das genügend bekannt ist. Auch auf gesundheitspolitischem Gebiet bedeutet es schlimmste Reaktion, traßen sozialen Rückschritt, Verelendung der Massen und damit Verelendung des Arztstandes. Das müssen auch die Massen der werktätigen Bevölkerung und der Krankenpatienten sehen, für deren Wohl und Wehe auf gesundheitspolitischem Gebiet der Ausfall der Ärztekammerwahlen sehr bedeutend ist. Wenn die Frage der Sexualgesetzgebung, der Kampf um die §§ 284 und 184, sowie die Umgestaltung der Sozialversicherung im jüdischen Sinne gelöst wird, dann wehe den Massen, denen sich ja die NSDAP. erst unlängst durch das Braunschweiger Körperollen (2. Liste, 70 Verleser) in die angenehmste Erinnerung gebracht hat. Alle diese Konsequenzen müssen diejenigen Ärzte bei der kommenden Wahl ziehen, die mit den Methoden des politischen Kapitalismus, der sowohl auf Liste 1 wie auf Liste 2 reichlichen Ausbruch findet, nichts zu tun haben wollen.

Seit der Tagung der nationalen Opposition in Harzburg gibt es in Deutschland zwei klare Fronten, die unser ganzes Volk durchziehen. Es ist nicht unsere Schuld, daß es so gekommen ist, aber man muß sich für die eine oder die andere Front entscheiden, man kann nicht dazwischen stehen. Hier hört jede Einheitsliste auf. Es ist die Aufgabe der Liste 3 (Dr. Kleemann) auch in der Ärztekammer den Kampf gegen den offenen oder verkappten Faschismus aufzunehmen. Wir bekämpfen dabei nicht die Personen unserer Gegner, denen wir unter Umständen durchaus persönliche Achtung entgegenbringen können. Wir bekämpfen die von ihnen vertretene Sache und die von ihnen vertretene Gesundheitspolitik. Dazu haben wir es nicht nötig, unsere politischen Gegner durch den Schmutz zu ziehen, wie das bei rechtsradikalen Parteien gang und gäbe ist.

Die Liste 3 ist so dazu geeignet, das Sammelbecken für alle überzeugten republikanisch-demokratischen Ärzte zu werden, die sich für den sozialen Fortschritt einsetzen wollen und sich nicht berufen fühlen, faschistische Interessen zu vertreten. Das sind die Kandidaten der Liste 3 auf dem Boden des Sozialismus stehen, braucht niemand zu sprechen. Der Sozialismus erhält heute allein die demokratische Republik und damit die Sozialversicherung, damit auch die Existenz von zehntausenden von Ärzten. Sozialismus bedeutet politischer Fortschritt und Abwehr der Unordnung der drohenden Katastrophe. Mit unserem vorstehenden Programm werden auch weiteste Kreise gemäßigt bürgerlicher Ärzte einverstanden sein können. Für andere politische Ziele als die oben bezeichneten haben wir uns in der Ärztekammer nicht einzusetzen. Das ist die Aufgabe anderer Parteien.

Alle Kollegen, die die sozialen Errungenschaften der Republik auf gesundheitspolitischem Gebiet verteidigen und ausbauen wollen,

die die Anschläge des organisierten Faschismus dagegen abwehren wollen zum besten unserer Patienten und zum besten unseres Staates

wählen deshalb die Liste 3

Programm der Liste 3

Wir gehen von der Ueberzeugung aus, daß die gesellschaftliche Entwicklung zum Sozialismus drängt und daß sich auch die Gestaltung der ärztlichen Versorgung der Bevölkerung dieser Entwicklung nicht entziehen kann. Wir glauben, daß in dieser Entwicklungsrichtung nicht nur die ärztliche Behandlung und Fürsorge sich aufs beste gestalten läßt, sondern daß auch durch sie die wirtschaftliche Sicherung des Arztes gewährleistet und seine Arbeit auf dem Höchststand geführt werden kann unbehindert von kapitalistischen oder bürokratischen Bindungen.

Die Ärztekammer soll aus ihrer zünftlerischen Engherzigkeit herausgeführt werden und in enger Zusammenarbeit mit den in Frage kommenden Instanzen des öffentlichen Gesundheitswesens und der Gesetzgebung Stellung nehmen zu sozial-hygienischen Fragen der Gegenwart und versuchen auf den Gesetzgeber Einfluß zu gewinnen. Für die Wahlperiode der neuen Ärztekammer erheben wir folgende Forderungen:

1. Einflußnahme auf die Gestaltung des neuen Sexualstrafrechts. Dabei wird der Kampf um die §§ 218, 184 usw. als unsere besondere Aufgabe angesehen werden.
2. Umgestaltung der Ehrengerichte, die in ihrer jetzigen Form dem Empfinden der fortschrittlichen Ärzte schon längst nicht mehr entsprechen und durch Ersatz durch kollegiale Schiedsgerichte.
3. Mitarbeit an der Umgestaltung der Sozialversicherung insbesondere hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Ärzten und Krankenkassen, im Sinne der Durchführung der freien Arztwahl unter Einschluss der Arbeitsnachweis und Niederlassungsbeihilfen für Jungärzte.
4. Verbesserung der Finanzgebarung der Ärztekammer. Umbau der Kapitalrisikoversicherung. Sicherung der Einzahlungen vor Verlust. Aufsichtsrat der Kammer über Finanzgebarung und Versicherungseinrichtungen der ärztlichen Organisations-Sparsamste und durch die Mitgliedschaft kontrollierte Geschäftsführung der Kammer und der Arztvereine. Abbau der Spitzengehälter und der Manipolierung zahlreicher Ämter in den gleichen Häusern.
5. Eine der dringenden Aufgaben der neuen Kammer muß es sein, sich um eine ausreichende ärztliche Versorgung der Bevölkerung zu kümmern (insbesondere Vermehrung der Gewerbeärzte, Gefängnisärzte u. a.) und ihr besonderes Augenmerk auf die unzulängliche Versorgung der vom Wohlfahrtsamt betreuten Patienten zu lenken. Einführung der freien Arztwahl für die Wohlfahrtspraxis.

Wir stehen im Kampf gegen die Liste des Nationalsozialistischen Ärzteverbandes. Seine bekannten Forderungen laufen auf eine Verletzung der Freiheit der ärztlichen Berufsausübung und damit auf eine Verletzung der Berufsfreiheit verbürgten Staatsbürgerrechte hinaus. Seine Gegnerschaft gegen die Sozialversicherung, deren Abbau absehbare Schäden für die Volksgesundheit und Verelendung des ärztlichen Standes zur Folge haben würde, machen die stärkste Bekämpfung dieser Liste notwendig.

Die Liste 1, die unter neutraler Flagge segelt, aber zusammengestellt ist nach den Grundsätzen einer vollständigen Vereinsbürokratie, bietet in keiner Weise Gewähr für die Lösung standespolitischer und sozialpolitischer Fragen im fortschrittlichen Sinne. (Der Verein christlicher Ärzte mit seiner bekannten reaktionär-antisemitischen Einstellung ist mit 45 Prozent der Mandate an dieser Liste beteiligt.)

Die Liste der Reichsnotgemeinschaft halten wir für absolut flüssig. Die RNG. ist eine Vertretung der im wesentlichen wirtschaftlichen Ziele der Jungärzte, für die auch wir wirksam einsetzen werden. Die DNG. kann aber ihrer Zusammensetzung und ihrer Bestimmung nach nicht einheitspolitisch Stellung nehmen zu den großen standespolitischen Fragen, die die Ärztekammer beschäftigen wird.

Dr. Erich Kleemann, Frauenarzt, Breslau. Dr. Korn-Steine-Wustrow, Stadtmedizinalrat Dr. Rodewald, Waldenburg. Lungenfacharzt Dr. Fränkel, Breslau. Dr. L. Cohn, Waldenburg. Nervenarzt Prof. Dr. Siegfried Fischer, Breslau. Badearzt Dr. Herrmann, Niedersalzbrunn. Hautarzt Dr. Böhm, Breslau. Augenarzt Dr. Schlesinger, Breslau.

Prozess der sieben Frankfurter

Die Montagsverhandlungen des Frankfurter Savag...

Die Montagsverhandlungen des Frankfurter Savag...

Die Montagsverhandlungen des Frankfurter Savag...

Die Montagsverhandlungen des Frankfurter Savag...

Die Montagsverhandlungen des Frankfurter Savag...

Die Montagsverhandlungen des Frankfurter Savag...

Die Montagsverhandlungen des Frankfurter Savag...

Die Montagsverhandlungen des Frankfurter Savag...

Die Montagsverhandlungen des Frankfurter Savag...

Die Montagsverhandlungen des Frankfurter Savag...

Die Montagsverhandlungen des Frankfurter Savag...

Die Montagsverhandlungen des Frankfurter Savag...

Die Montagsverhandlungen des Frankfurter Savag...

Die Montagsverhandlungen des Frankfurter Savag...

Die Montagsverhandlungen des Frankfurter Savag...

Die Montagsverhandlungen des Frankfurter Savag...

Die Montagsverhandlungen des Frankfurter Savag...

Die Montagsverhandlungen des Frankfurter Savag...

Die Montagsverhandlungen des Frankfurter Savag...

Die Montagsverhandlungen des Frankfurter Savag...

Die Montagsverhandlungen des Frankfurter Savag...

Die Montagsverhandlungen des Frankfurter Savag...

Die Montagsverhandlungen des Frankfurter Savag...

Die Montagsverhandlungen des Frankfurter Savag...

Die Montagsverhandlungen des Frankfurter Savag...

Zeuge Hoff: „Die Düsseldorf Herren sollten ja nur ein...

Schließlich fragt der Sachverständige, Professor Calveran...

Zeuge Hoff: „Ich habe ein Buch geprüft, aber es nicht mit den anderen Büchern verglichen.“

Zeuge Hoff: „Mein.“

Zeuge Hoff: „Danke sehr!“

Millionenverluste einer Berliner Großbrauerei



In der Aufsichtsratsitzung der Schultheiß-Bahnhof-Brauerei...

„Kaffee-Klatsch“ bei Calmette

Beginn der Beweisaufnahme im Lübecker Prozess.

In der Montagung des Calmette-Prozesses verkündete das...

In der Zeugenvernehmung erklärte Geheimrat Bielefeld...

Senator Mehrlein, der Chef der Behörde für innere...

Senator Mehrlein sagte, daß er vor dem Vortrag von Dr. Alstaedt...

Senator Mehrlein sagte, daß er vor dem Vortrag von Dr. Alstaedt...

Senator Mehrlein sagte, daß er vor dem Vortrag von Dr. Alstaedt...

Senator Mehrlein sagte, daß er vor dem Vortrag von Dr. Alstaedt...

Senator Mehrlein sagte, daß er vor dem Vortrag von Dr. Alstaedt...

Senator Mehrlein sagte, daß er vor dem Vortrag von Dr. Alstaedt...

Senator Mehrlein sagte, daß er vor dem Vortrag von Dr. Alstaedt...

Senator Mehrlein sagte, daß er vor dem Vortrag von Dr. Alstaedt...

Senator Mehrlein sagte, daß er vor dem Vortrag von Dr. Alstaedt...

Senator Mehrlein sagte, daß er vor dem Vortrag von Dr. Alstaedt...

Senator Mehrlein sagte, daß er vor dem Vortrag von Dr. Alstaedt...

Senator Mehrlein sagte, daß er vor dem Vortrag von Dr. Alstaedt...

Verhältnisse in Lübeck besonders günstig zur...

General a. D. Dr. Hansen berichtete als Zeuge über die...

General a. D. Dr. Hansen berichtete als Zeuge über die...

General a. D. Dr. Hansen berichtete als Zeuge über die...

General a. D. Dr. Hansen berichtete als Zeuge über die...

General a. D. Dr. Hansen berichtete als Zeuge über die...

General a. D. Dr. Hansen berichtete als Zeuge über die...

General a. D. Dr. Hansen berichtete als Zeuge über die...

General a. D. Dr. Hansen berichtete als Zeuge über die...

General a. D. Dr. Hansen berichtete als Zeuge über die...

General a. D. Dr. Hansen berichtete als Zeuge über die...

General a. D. Dr. Hansen berichtete als Zeuge über die...

General a. D. Dr. Hansen berichtete als Zeuge über die...

General a. D. Dr. Hansen berichtete als Zeuge über die...

General a. D. Dr. Hansen berichtete als Zeuge über die...

General a. D. Dr. Hansen berichtete als Zeuge über die...

General a. D. Dr. Hansen berichtete als Zeuge über die...

General a. D. Dr. Hansen berichtete als Zeuge über die...

General a. D. Dr. Hansen berichtete als Zeuge über die...

General a. D. Dr. Hansen berichtete als Zeuge über die...

General a. D. Dr. Hansen berichtete als Zeuge über die...

General a. D. Dr. Hansen berichtete als Zeuge über die...

General a. D. Dr. Hansen berichtete als Zeuge über die...

General a. D. Dr. Hansen berichtete als Zeuge über die...

General a. D. Dr. Hansen berichtete als Zeuge über die...

General a. D. Dr. Hansen berichtete als Zeuge über die...

Sie unsere Kinder

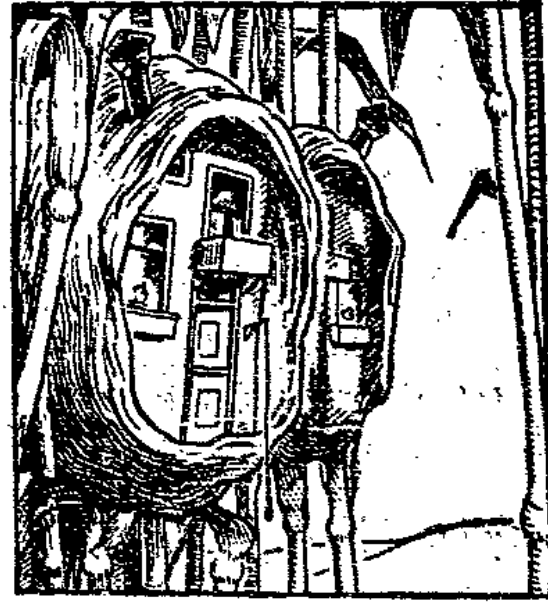
Die Geschichte von der Spitzmaus und der Zitternase

Von G. Th. Kotman.



Kinder, ist dies hier kein hübsches Bildchen?

Hier steht ihr unsere Häuschen, hoch und trocken...



(Fortsetzung folgt.)

Keine Alarmziffern

Der neue Arbeitsmarktbericht

Ueber die Arbeitsmarktlage im Reich hat die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung am Donnerstag ihren neuen Bericht vorgelegt. Der Bericht befaßt die Zahl der Arbeitslosen betrug am 15. Oktober nach den vorläufigen Meldungen der Arbeitsämter 4.484.000. Sie hat seit dem letzten Stichtag am 1. Oktober um rund 129.000 zugenommen. Die Zunahme in der gleichen Zeit des Vorjahres belief sich auf rund 113.000.

In der Verteilung der Gesamtzahl der Arbeitslosen auf die verschiedenen Unternehmenseinrichtungen ist in der Berichtszeit eine wesentliche Veränderung eingetreten. Auf Grund der zweiten Verordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen wurde durch Beschluß des Vorstandes der Reichsanstalt die Höchstzahl der Unterstützungsbeträge in der Arbeitslosenversicherung von 26 auf 20 Wochen, für die Saisonarbeiter von 20 auf 16 Wochen gekürzt. Dieser Beschluß, der den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben der Reichsanstalt während der Wintermonate sichern soll, hat die vorgezeichnete erhebliche Entlastung der Arbeitslosenversicherung und Mehrbelastung der Arbeitslosen zur Folge gehabt; die letztere hat sich möglicherweise statistisch noch nicht voll ausgewirkt. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung hat nach den vorläufigen Meldungen der Arbeitsämter um rund 200.000 abgenommen und belief sich am 15. Oktober auf rund 1.143.000. In der Arbeitslosenversicherung wurde durch eine Zunahme um rund 150.000 eine Belastung von rund 1.290.000 Hauptunterstützungsempfängern erreicht.

Die allgemeine Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zeigt keine wesentlichen neuen Kennzeichen. Sie bestätigt vielmehr das aus den letzten Berichten gewonnene Bild: in der Landwirtschaft und in einzelnen Verbrauchsgüterindustrien die übliche Herbstbeschäftigung, wenn auch meist in etwas verringertem Ausmaß, in den meisten Produktionsgüterindustrien weitere Abschwächung des Beschäftigungsgrades. Die Hochfruchtperiode brachte bei günstiger Witterung vielfach eine weitere Entlastung des Arbeitsmarktes mit sich, doch ließ die Vermittlungstätigkeit gegen Ende der Berichtszeit bereits nach. Im Bergbau zeigten sich schwache Besserungsansätze infolge der Abbrüche für den Hausbrand; im Ruhrkohlenbezirk konnte die Zahl der Feierschichten etwas vermindert werden, doch wurden die Bergarbeiterentlassungen fortgesetzt; etwas günstiger war die Bewegung am Arbeitsmarkt in den meisten Braunkohlengruben. Der Beschäftigungsgrad in den Hütten- und Walzwerken Westfalens und des Rheinlandes ist zurückgegangen. Die Tätigkeit im Hochbau hat eine weitere Einschränkung erfahren, auch die Innen- und Reparaturarbeiten im Baugewerbe haben verschiedentlich nachgelassen. In der Zementindustrie überwiegen, ebenso wie in den Ziegeleien, die saisonmäßigen Entlassungen.

Die Situation läßt sich kurz so charakterisieren: normale Entwicklung auf erhöhtem Niveau. Der seit Monaten von der Schwerindustrie propagierte Zwedepessimismus findet jedenfalls in dem Bericht der Reichsanstalt keine Rechtfertigung. Das Unternehmertum braucht diesen Zwedepessimismus, weil er das Tarifrecht abhauen, weil es die Löhne noch mehr herunterdrücken will. Demgegenüber steht fest, daß von einem katastrophalen Abbruch des Arbeitsmarktes keine Rede sein kann. Die Kreditkrise vom Juli und auch die englische Pfundkrise haben sich keineswegs so ausgewirkt, wie so mancher nach den düsteren Schilderungen der Unternehmerorgane geglaubt hat. Die Widerstandskraft des Arbeitsmarktes blieb verhältnismäßig groß. Das Entscheidende am Bericht der Reichsanstalt ist nicht die Zunahme der Arbeitslosigkeit, die mit dem Beginn des Herbstes zu erwarten war, sondern die Tatsache, daß zweifellos die Inlandsverbrauchsleistung dem Arbeitsmarkt bisher immer noch eine kräftige Stütze war. Ein weiterer Lohnabbau in dem von den Unternehmern geforderten Ausmaß würde allerdings auch diese Stütze wegslagen und den fehlerhaften Kreislauf einer schon viel zu lange betriebenen falschen Wirtschaftspolitik in einen rasenden Strudel verwandeln, der uns alle verschlingen muß.

Der Rahmen der Arbeitslosenversicherung hat sich verkleinert. Allein die Versicherung hat auch als Torso nach wie vor ihre Bedeutung und Aufgabe. Sicherlich gibt es Leute, die jetzt nach dem neuen Bericht der Reichsanstalt die Frage aufwerfen: Wozu noch eine Arbeitslosenversicherung, wenn sie doch nur noch einen Bruchteil der Arbeitslosen betreut? Der Ruf nach Umwandlung der gesamten Arbeitslosenunterstützung in eine Arbeitslosenfürsorge wird von neuem ertönen. Nichts wäre verhängnisvoller als jolch ein Um- und Abbau jetzt mitten in diesem kritischen Winter. Die Gemeinden haben übergenug zu tun, wenn sie den ihnen übertragenen Teil der Arbeitslosenversorgung bewältigen wollen. Die Durchführung der Sachleistungsunterstützung und die Fürsorge für die jugendlichen Erwerbslosen, für die jedoch der Reichsarbeitsminister keine neuen Richtlinien herausgegeben hat, schafft ihnen Arbeit in Hülle und Fülle. So, wie sich die Arbeitgeber die Dinge vorstellen, nämlich Abbau der Versicherung und reflexive Überweisung der Arbeitslosen an die Gemeinden, geht es auf keinen Fall. So etwas wäre ein Spiel mit dem Feuer. Umgekehrt wäre es an der Zeit, die Betreuung der Waisenkinder-Isolierten durch die Arbeitsämter durchzuführen. Die Arbeitslosenversicherung, die jetzt nach der Senkung der Unterstützungsbeträge mit ihren Finanzen in der Balance ist, darf nicht angefaßt werden.

Das neueste Aktionsprogramm der NSD.

Verteilung, Terror, Mord

Die kommunistische Revolutionäre Gewerkschaftsopposition hat nach zuverlässigen Meldungen im Reich rund 200.000 Mitglieder. Davon sind 178.000 Erwerbslose und 22.000 noch in Arbeit stehende. Zur Auslösung von Streikbewegungen will die NSD. vor allem bei den Eisenbahn-, Metall- und Bergarbeitern verfahren. Die Erwerbslosen will sie mit der Forderung: Beschäftigung oder Lebensmittel! in Bewegung setzen. In den Betrieben

will sie gemeinsame Versammlungen mit den Christen und den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften aufziehen. NSD.-Funktionäre sollen in den Betrieben die Unzufriedenen spielen und sich bei jeder Gelegenheit abfällig über die Gewerkschaften äußern, damit die NSD. neuen Zulauf erhält.

Die geplanten Teilarbeiten sollen nach amerikanischem Muster aufgezogen werden. Terror und selbst Schußwaffen sollen in Anwendung kommen. Sabotage bei Elektrizitäts- und Gaswerken sowie bei den Straßenbahnen usw. wird empfohlen. Die infolge der Sabotage erforderlich werdenden Reparaturarbeiten will man selbst unter Anwendung der Schußwaffe unterbinden. Arbeitswillige, die evtl. einen Straßenbahnwagen führen, sollen im Notfall abgeschossen werden. Ebenso sollen Sprengkolonnen Straßenbahnen überfallen und zerstören, die Fahrgäste verprügeln und so Panikstimmung hervorzurufen.

Die Gewerkschaften haben allen Anlaß, dieses gefährliche Treiben genau zu beobachten, damit ihre Aktion zur Verteidigung der Grundrechte der Arbeiter von der NSD. nicht torpediert wird.

Sur Nachahmung empfohlen

Das Arbeitsamt Greifswald hat dieser Tage in einem Bericht mitgeteilt, daß auf verschiedenen Gütern die

Verhandlungen über die Reichsbahnlöhne

Werden sie scheitern? — Was tut die Reichsregierung?

Die Schlichtungsverhandlungen für den Reichsbahnbetrieb, die am Montag mittig um 12 Uhr im Reichsarbeitsministerium begannen, wurden abends gegen 9 Uhr auf heute vormittag 12 Uhr vertagt. Am Montag kam man über die Parteiverhandlungen nicht hinaus, so daß eine Schlichterkammer noch nicht gebildet wurde. Sie wird erst nach dem Scheitern der Verhandlungen in Funktion treten.

Außer über die Löhne der Reichsbahnarbeiter wird in diesen Tagen die Entscheidung über das Lohnniveau von weit über eine Million Arbeiter in öffentlichen und privaten Betrieben fallen. Neben den Textilarbeitern, deren Lohnsätze im ganzen Reich gekündigt sind, neben den 600.000 Arbeitern und Arbeiterinnen der Metallindustrie, wo die Frage der 40-Stunden-Woche zunächst beschlossen werden muß, ehe über die Lohnfrage beraten werden kann, befinden sich im Augenblick noch die Verhandlungen über die Löhne der Gemeindearbeiter im entscheidenden Stadium.

Angeht diese Situation macht der „Vorwärts“ die Reichsregierung darauf aufmerksam, daß sie in den Lohnkonflikten in der Zeit der schlimmsten Not eine politische Entscheidung ersten Ranges zu fällen habe. Die Bedeutung dieser Lohnverhandlungen liege nicht nur darin, daß es sich bei den Reichs- und Gemeindearbeitern um mehr als eine halbe Million Beschäftigter handle, sondern sie liege vor allen Dingen in der Tatsache, daß es hier um die Löhne von Arbeitern öffentlicher Betriebe gehe, auf deren Lohngestaltung die Reichsregierung einen entscheidenden Einfluß habe. Wenn die Reichsregierung zulasse, daß die Löhne für Arbeiter in öffentlichen Betrieben in einem Jahre dreimal gekürzt werden, und zwar derart, daß sie nach dem Eingeständnis der Reichsbahnverwaltung oft nicht ausreichen, um die Mieten in den eigenen Wohnungen der Reichsbahn zu zahlen, dann komme das praktisch ungefähr auf die Erfüllung der Forderungen der Schärfermacher hinaus. Die schönsten Reden gegen die Radikalisierung der Massen würden völlig entwertet durch Handlungen, die diese Massen zur Verzweiflung treiben müßten.

Die Reichstaxikommission der in den Gemeindebetrieben Beschäftigten hat die Forderung der Arbeitgeberseite auf eine neunprozentige Lohnkürzung, Fortfall der Lohnversicherungsbeiträge und Abschluß von Monatsverträgen einstimmig abgelehnt.

Um die Winterkleidung der Breslauer Straßenbahner

Und von der Demagogie der SAP.

Am Freitag, den 23. Oktober dieses Jahres nahmen die Funktionäre im Rahmen der Bildungsveranstaltung des Gesamtverbandes einen Vortrag des Genossen Dr. Stammer über: „Die Gewerkschaften im Kampf gegen die Wirtschaftskrise“ entgegen. Der Referent verstand es, die Zuhörer zwei Stunden an seinem Vortrag zu fesseln und im Schlußwort die Anfragen und Debatten ebenfalls zu befriedigen oder zu widerlegen.

Am Ende der Veranstaltung wies Kollege Blau auf den Stadtverordneten-Bericht der neu gegründeten Zeitung der SAP hin, in welchem ihm und der SPD. der Vorwurf gemacht wird, daß sie gegen einen Antrag der Splitterpartei auf unentgeltliche Belieferung der Straßenbahner mit Winterkleidung gestimmt hätten.

Kollege Blau stellte diese demagogische Art richtig, denn es handelt sich nicht um die Mäntel und Winterpelze des Fahrpersonals, sondern um die zusätzlichen Unterpelze und Stiefel, während das übrige nach wie vor unentgeltlich geliefert wird.

Hätte die SPD. dem Antrage der SAP stattgegeben, so wäre, wenn Annahme dieses Antrages erfolgte, der Magistrats-Antrag ja freilich abgelehnt worden. Den neuen Antrag hätte der Magistrat aber sicher abgelehnt, jedoch die Kollegen des Fahrpersonals auch den Vorstoß zur Belieferung dieser Schutzkleidung nicht bekommen hätten und es wäre manch einem unmöglich ge-

versuchsweise Einsetzung einheimischer Judenkonkurrenz mit wechselndem Erfolg gelungen. Unbestrittene Erfolge seien zu erzielen gewesen, wo den mittelsten Arbeitslosen für den ganzen Sommer Arbeit worden sei. „Hier“, so betont das Arbeitsamt, „wurde Beweis erbracht, daß die einheimischen die Leistungen der ausländischen Wanderarbeiter nicht nur erreichen, sondern auch übertreffen vermögen.“

Es geht also auch ohne Ausländer!

18 000 Textilarbeiter streiken in

In der Lodger-Textilindustrie befinden sich 18 000 Textilarbeiter im Streik. Beitrete werden hauptsächlich die Fabriken, die sich dem Tarifabkommen zwischen den Gewerkschaften und dem Arbeitgeberverband der Textilindustrie angeschlossen haben.

Streik der städtischen Pflichtarbeiter in

Am Sonnabend traten die städtischen Pflichtarbeiter im Streik, da sie für ihre Pflichtarbeit eine höhere Entlohnung wünschten. Eine Abordnung verlangte, beim Magistrat gelassen zu werden. Es kam zu Ansammlungen auf dem Platz, die von der Polizei zerstreut wurden. Darauf zogen die Demonstranten, die sich sofort der Bewegung angeschlossen hatten, nach dem Tuchmarkt, wo sie von der Polizei gleichfalls gestreift wurden. Hierbei wurden mehrere Personen zwangsgeführt.

Die Verhandlungen über die Neuregelung des Lohnvertrages für das Personal der staatlichen Schleppdampfer des Rhein-Herne-Hannover-Kanal sind ergebnislos geblieben. Das Reichsverkehrsministerium das den Tarifvertrag gekündigt hat, verlangt einen Lohnabbau von 7 Prozent. Forderung wurde von den Organisationen abgelehnt. Ministerium wird nunmehr den Schlichter anrufen.

wesen, den hohen Beitrag von etwa 80 Mark auf einmal zu auslagen, so daß er im Winter hätte frieren müssen.

Der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Kollege Schwarz suchte, seine Partei, die SAP, zu entschuldigen, was ihm nicht gelang, da der Arbeiterratsvorsitzende der Jahrbahn Straßenbahn, Kollege Max Müller, ihm sofort entgegen konnte, daß die Ausführungen des Kollegen Bland richtig sind und daß die SAP. im Interesse der Straßenbahner gehandelt habe.

Es liegt ja dieser Zeitung nur daran, die Notwendigkeit der Abspaltung zu beweisen, weswegen sie vor keinem demagogischen Mittel zurückschreckt.

Monatsversammlung der Reichsgewerkschaft

Am 19. Oktober fand die Monatsversammlung der Gruppe Breslau der Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunisten statt. Die Versammlung gedachte zunächst des verstorbenen Kollegen Schawinger.

Dann hielt Kollege Dr. Stammer ein Referat über: „Zusammenbruchsvorhersage der Wirtschaft und die Wege der Wirtschaftsgewinnung“. Das äußerst gut vorbereitete und temperamentvoll vorgetragene Referat zeigte der Kollegenschaft, wie wichtig es in der jetzigen Zeit ist wirtschaftspolitisch geschult zu werden, um dann auch in der Lage zu sein, die Ursachen der Wirtschaftskrise und die Mittel zur Abstellung kennen zu lernen. Referent bedachte schonungslos die Fehler auf, welche die Wirtschaftskrise verursacht haben und begründete auch eingehend den Standpunkt, daß die internationale Krise nicht mit nationalen Mitteln zu beheben sei. Das entwicklungsfördernde Milderung der Krise kann von jedem freigewerkschaftlich orientierten Beamten nur unterstützt werden. Der Referent war der Dank der Versammlung für die zahlreichen Ausführungen.

Ferner beschäftigte sich die Versammlung mit den gemeinsamen Verhandlungen und dem Stande der hiesigen Forderungsmittelangelegenheit im Anschluß an die preussische Verordnung.

Kampfundgebung der Bäckergesellen in den Breslauer Brotfabriken

In einer am Sonnabend, dem 24. Oktober, stattgefundenen Versammlung nahmen die in den Breslauer Brotfabriken beschäftigten einen Bericht entgegen über den Stand der Bewegung. Bezirksleiter Kollege Kassen gab einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen beim Schlichtungsausschuß als deren Ergebnis den Parteien eine nochmalige Forderungshandlung ausgetragen wurde. Die Gewerkschaften haben sich mit unter der Voraussetzung einverstanden erklärt, daß die Arbeitgeber zuerst ein diskutables neues Angebot machen. Das herige stellt ein Lohnabbauverlangen von 13,30 Mark dar.

Am 20. Oktober haben die Arbeitgeber nach mehrmaligen Verhandlungen ihre Abbauforderungen auf 8,40 Mark herabgesetzt und verlangen nunmehr von den Gewerkschaften ein neues Angebot. Die Gewerkschaften konnten nichts anderes erklären, als daß das neue Angebot, das einen Abbau von mehr als 17 Prozent bedeutet, keine Verhandlungsgrundlage bilde und sie deshalb ihrer Forderung verbleiben müssen, daß die jetzigen Löhne unverändert bis zum 31. März 1932 gültig bleiben und die Verhandlungen dann als gescheitert zu betrachten sind.

In der nachfolgenden Diskussion wurde von zahlreichen Rednern das Verhalten der Gewerkschaft gebilligt und unter anderem Beifall der Versammlung stets verlangt, daß die Forderung der Gewerkschaft durchgesetzt werden solle.

In seinem Schlußwort wies Kollege Kassen darauf hin, daß am 2. November erneut Verhandlungen vorm Schlichtungsausschuß stattfinden und die Gewerkschaft durch sachliches Material zeigen wird, daß ein Lohnabbau in den Brotfabriken nicht notwendig ist, weil die Verdienste der Arbeitgeber dem möglichen, die jetzigen Löhne zu zahlen und die Gewerkschaft daran denkt, einem Lohnabbau zuzustimmen.

Streik bei der Firma David Grove in Breslau

Bei der Firma David Grove in Breslau, Talchmühlweg, Zentralheizungs- und Bewässerungsanlagen, besteht Streik. Nichtzahlung des Tariflohnes.

Wir fordern die Arbeiterschaft auf, keine Arbeit bei dieser Firma anzunehmen.

Sie sparen bei der Zahnpoliermaschine, wenn Sie die Chlorodont-Zahnpoliermaschine verwenden, denn eine kleine Menge davon genügt. Versuch überzeugt Sie sich vor billigen, minderwertigen Nachahmungen.